

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeitspalte oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 155.

Donnerstag, den 5. Juli 1917.

24. Jahrg.

Droht uns Kohlennot.

Von Otto Hue.

Unsere natürlichen Versorgungsbedingungen sind außerordentlich günstig. Einer unserer hervorragendsten Geologen, Professor Dr. Frech (Breslau), stellt noch im neuesten Heft der „Zeitschrift für Bergbau, Hütten- und Salinenwesen“ nach den besten sachmännlichen Ermittlungen fest, daß von den etwa 784 Milliarden Tonnen in den europäischen Ländern nachgewiesenen und wahrcheinlichen Stein- und Braunkohlenvorräten über 423 Milliarden allein auf Deutschland entfallen. Diese Menge reicht selbst bei erheblich über den Stand von 1913 gesteigerter Förderung noch weit über 1000 Jahre für unsere Bedarfsdeckung! Die großbritannischen Kohlenvorräte sind unter gleicher Voraussetzung schon in etwa 300, die französischen in etwa 900 Jahren erschöpft. Für Belgien und Frankreich zusammen sind von den Landesgeologen die Kohlenvorräte überhaupt nur auf rund 77 Milliarden Tonnen geschätzt, woraus sich hervorhebt, welcher Phantasterei sich unsere Innenpolitik schuldig machen, die behaupten, die belgischen und nordfranzösischen Kohlengebiete seien ein „deutsches Lebensbedürfnis“!

Die technisch-wirtschaftlichen Bedingungen unserer Kohlegewinnung sind durch den Krieg nach der ungenügenden Seite hin verschoben worden. Das ist so in allen kriegsführenden Ländern. Unsere Steinkohlenförderung betrug 1913 rund 191,5 Millionen Tonnen, ging 1914 auf 161,5, 1915 auf rund 147 Millionen Tonnen zurück; unsere Braunkohlenförderung zeigt ein anderes Bild insofern, daß zwar 1914 die Gewinnung mit rund 84 Millionen Tonnen um 4 Millionen geringer war als 1913, aber schon 1915 stieg sie auf 88,3 Millionen Tonnen und nach den vorliegenden Stichproben darf man für 1916 eine Förderung von 90 Millionen Tonnen annehmen. Beispielsweise förderten die im Rheinischen Braunkohlen-Brikett-Syndikat vereinigten Werke 1916/17 mit 23,63 Millionen Tonnen Kohle allein fast 2 Millionen Tonnen mehr als im Vorjahre. Auch die großen mitteldeutschen Unternehmungen berichten pro 1916 meistens über eine gesteigerte Kohlenförderung.

Leider unterbleibt seit Mitte 1916 die amtliche Veröffentlichung der Förderziffern, m. E. ohne durchschlagende Gründe, denn unser Bundesgenosse Oesterreich macht nach wie vor keine (auch steigende) Kohlenförderung offiziell bekannt. Durch das Unterbleiben der sonst üblichen amtlichen Publikationen der Förderung geht der Verbrauchermasse die Uebersicht über die zur Verfügung stehende Gewinnung verloren, es entstehen weit übertriebene Befürchtungen und nun gedeiht die Spekulation, gar nicht selten der Wucher beim Brennstoffverkauf.

Auch die vorliegenden Stichproben aus der Steinkohlenindustrie gestatten die Annahme, daß hier ebenfalls 1916 kein Rückgang der Förderung eingetreten ist. Die bis inkl. August 1916 veröffentlichten arbeitstäglichen Förderziffern der im rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat vereinigten Zechen weisen für das genannte Jahr stets eine Fördermenge von über 300 000 Tonnen pro Tag aus. Im Jahre 1915 belief sich die arbeitstägliche Förderung nur auf höchstens 260 384 Tonnen (November). Allerdings sind 1916 fast alle vorherigen „Außenseiter“ dem Syndikate beigetreten, aber die einzelnen Werksverwaltungen erklären in ihren letzten Geschäftsberichten überwiegend, die höheren Betriebsüberschüsse resultierten aus der „höheren Förderung“. Demnach darf man annehmen, daß auch die deutsche Steinkohlenförderung im Jahre 1916 mindestens nicht hinter der des Vorjahres zurückgeblieben ist, sie vielmehr übersteigt.

Zu dieser Annahme berechtigt auch die Tatsache der seit Mitte 1915 wieder andauernden Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter. Sie betrug damals im gesamten preussischen Bergbau 524 034 und belief sich im 1. Vierteljahr 1917 auf 593 722, ohne die unfreien Erzarbeiter, war damit bald wieder so hoch als im dritten Viertel 1914. Freilich waren dann immer noch rund 167 000 Arbeiter weniger als vor Ausbruch des Krieges beschäftigt, aber die vielen Zehntausende unfreie Erzarbeiter sind auch keine unbeträchtlichen Größen, namentlich nicht dort, wo es weniger auf geschulte Facharbeiter ankommt, wie bei der Braunkohlegewinnung. — Uebrigens waren nach der „Labour Gazette“ im britischen Aechlenbergbau anfangs 1917 nur noch 539452 Arbeiter beschäftigt, gegen 723 863 im Januar 1914.

Ungünstig fällt nun ins Gewicht die verminderte Qualität der Arbeiter. Infolge unseres mangelhaften Bergarbeiterschutzes ist (schon vor dem Kriege) die Arbeitskraft noch schneller als es die natürlichen Verhältnisse bedingen, verbraucht, so die Invaldität beschleunigt, die Lebensdauer der Bergarbeiter verkürzt worden. Darum befanden sich in der Klasse der „eigentlichen Bergarbeiter“ (Hauer und Schlepper) in anormal verstärkter Weise die jüngeren, d. h. die militärpflichtigen Altersgruppen und die militärische Mobilisation entzog deshalb den Betrieben im hervorragendsten Maße gerade die geschultesten, leistungsfähigsten Kräfte. Sie sind zum Teil nach und nach ersetzt worden durch ältere oft schon halbtägige Kameraden aus anderen Betriebsabteilungen, durch Jugendliche und meist ungeschulte unfreie Erzarbeiter, auch wurde eine große Masse weib-

liche Arbeiter für die Obertagsbetriebe angeworben. Teilweise sind wieder die eingezogenen Leute reklamiert, aber dafür sind andere einberufen worden.

Dazu kommt die teilweise höchst mangelhafte Ernährung, von deren tiefgreifenden Bedeutung sich die Volksschichten, welche sich als landwirtschaftliche Selbstversorger satt essen können, immer noch keine rechte Vorstellung machen. Wenn trotzdem wie gesagt die Förderung sich relativ gehoben hat, so liegt das an den „außerordentlichen Anstrengungen der Belegschaften“ (wie es in einem Werksbericht heißt), auch an der Möglichkeit, die Braunkohlegewinnung in umfassender Weise auf maschinellem Wege zu bewerkstelligen. Daß hier der Mangel an Hilfsmaterial und an geschulten Maschinenarbeitern die Verarbeitung der Kohle zu Briketts hemmt, kann nicht bestritten werden.

Trotz aller der genannten und anderer Erschwernisse ist aber doch die jetzt aus fast allen Teilen Deutschlands auftretende Klage über außerordentlichen Kohlenmangel auffallend. Führten wir doch im letzten Friedensjahre nach Abzug der Einfuhr (10,5 Millionen Tonnen, fast nur englische) über 24 Millionen Tonnen Steinkohlen aus. Trotzdem förderten unsere Zechen damals keineswegs allgemein bis zur Höchstgrenze ihrer Leistungsfähigkeit, sondern schränkten zum großen Teil wegen Abzahnung ihre Förderung ein, selbst zahlreiche Zechenschichten wurden eingelegt. In Braunkohle führten wir allerdings 7 Millionen Tonnen mehr ein als aus, in dessen kam diese Einfuhr nur aus Oesterreich-Ungarn, wohn wir 12 Millionen Tonnen Steinkohlen ausführten. Den Darlegungen des Regierungsreters im sächsischen Landtag (Sitzung vom 21. Mai 1917) ist zu entnehmen, daß die österreichische Braunkohleneinfuhr derzeit so gut wie aufgehört hat, worauf man wohl annehmen darf, daß auch unsere Steinkohlen- und Kohlenausfuhr nach Oesterreich-Ungarn ziemlich eingestellt ist. Außerdem ist unsere eigene Braunkohlenförderung jetzt nennenswert höher als 1913, kann den größten Teil des Einfuhrminus decken. Unter Berücksichtigung aller Erzeugungserchwernisse können daher die vielen Klagen über harten Braunkohlen- resp. Brikettmangel nur erklärt werden durch einen ungeheuer gesteigerten Verbrauch der Kohle zu anderen als Heiz- und Beleuchtungszwecken. Wie hoch unsere Ausfuhr an mineralischen Brennstoffen in das neutrale Ausland ist, entzieht sich wie die allgemeine Höhe unserer Eigenförderung der allgemeinen Kenntnis.

Immerhin, zieht man den Fortfall des weitaus größten Teils unserer vor dem Kriege sehr forcierten, mineralischen Brennstoffausfuhr, ferner die gegen 1913 namhafte Erhöhung unserer Braunkohlenförderung, weiter den notorischen Ueberschuß an eigener Steinkohlegewinnung (syndikatsseitige Förderreinschränkung) und die relativ störungslose Deckung des hohen Kohlenverbrauchs unserer Haushaltungen vor dem Kriege in Betracht, dann sind die weitverbreiteten zunehmenden Klagen über die wachsende, ja monatlang anhaltende Unmöglichkeit zahlloser Haushaltungen, sich auch nur einigermaßen mit Kohlen oder Briketts zu versorgen, faktisch unverständlich. Hier fehlt es uns ja nicht, wie bei den meisten Nahrungsmitteln, an inländischen Gewinnungsorten, im Gegenteil, sie sind überreichlich vorhanden. Liegt es an der Organisation der Zuführung, an der ordentlichen Verteilung? Finden umfangreiche private „Hamstereien“ statt? Wenn auch die Rüstungsindustrie enorm höhere Anforderungen stellt, andere Gewerbe verbrauchen weniger Kohlen als vor dem Kriege und so hoch ist unsere Kohlenförderung, Koks- und Briketterzeugung immerhin, daß nicht große Versorgungsgebiete, sogar schon während der gegenwärtigen ungenügenden Transportzeit, geraume Zeit fast ohne Hausbrandkohlen bleiben müssen.

Es ist aber nicht die Sorge um den Hausbrand allein, der die Bevölkerung bewegt. Von berufenen Vertretern der Kommunalen Gas- und Elektrizitätswerke erfahren wir, daß wenn sich die Kohlenversorgung dieser hochwichtigen Anlagen nicht verbessert, es mit der Heizgas- und Lichterzeugung der Gemeinden im Herbst und Winter trübselig aussehender würde. Von den kommunalen deutschen Gaswerken sind die 17 größten eigens mit Einrichtungen zur Gewinnung von Benzol versehen worden, ein Artikel der Landesverteidigung dringend bedarf. Benzol wird bei der Verkokung der Kohle (von den Gasanstalten hauptsächlich zwecks Erzeugung von Kraft- und Leuchtgas vorgenommen) als Nebenprodukt gewonnen. Der Kohlenbedarf aller Gaswerke dürfte etwa 10 Millionen Tonnen jährlich betragen, die erwähnten 17 verbrauchen davon etwa die Hälfte. Die Kohlenverkokung durch die Gaswerke ist aber volkswirtschaftlich rationeller als die Verkokung durch die Zechenkohleerzeu, denn die ersteren erzeugen hauptsächlich Gas für den Bedarf von Millionen Haushaltungen, ersparen so große Mengen Hausbrandkohlen resp. Koks oder Briketts, gewinnen auch Koks und Nebenprodukte, nutzen also die Kohle besser aus, ein Ziel, dem nicht intensiv genug nachgestrebt werden kann. Hier aber erhebt sich ein Interessenkonflikt, an dem die Bevölkerung nicht mehr amtslos vorbeigehen darf!

Die Kohlenzechen führen ihren Koksereien in steigenden Mengen Gas Kohlen zu, weil die bei der Verkokung ab-

fallenden hochwertigen Nebenprodukte außerordentlich hohe Profite einbringen. Mir vorliegende zahlreiche Zechenberichte beweisen dies durchaus. Beispielsweise läßt sich aus den Berichten der Zechengesellschaften „König Ludwig“ und „Selene Amalia“ errechnen, daß sie letztjährig etwa 50 Proz. ihrer Kokslen verkauften. „Harpen“ hatte 1915/16 eine gegen 1913 um 900 000 Tonnen niedrigere Kohlenförderung, dagegen eine mehr als 400 000 Tonnen höhere Koksproduktion; der Gewinn dieser Gesellschaft aus den Koksereien betrug letztjährig über 5,8 Millionen Mark! Diese außerordentlich hohen Koksereierträge veranlassen eben die Zechen, ihre Gas Kohlenförderung so viel wie möglich am liebsten vollständig den eigenen Koksereien zuzuführen. Deshalb fehlt es den kommunalen Gaswerken an den unbedingt erforderlichen Zufuhren! Nun ist zwar die stärkere Kohlenverkokung auch ein Kriegserfordernis, aber auch die betr. Gaswerke sind ja eigens für Nebenproduktgewinnung eingerichtet worden, können und müssen also auch die Heeresverwaltung beliefern. Außerdem haben die Gaswerke die hochwichtige Aufgabe, Millionen von Haushaltungen, zahlreiche Kleinbetriebe, ferner eine Reihe von öffentlichen Anlagen mit Heiz-, Leucht- und Kraftgas zu versorgen. Welches Interesse geht nun vor, das der relativ wenigen privatkapitalistischen Werksgesellschaften oder das jener breiten Volksmassen, die auf die Belieferung durch die Gaswerke unbedingt angewiesen sind, sollen sie nicht eines bösen Tages ohne Heizung und ohne Licht in den Wohnungen hocken?!

Durch Bekanntmachungen vom 24. Juni 1917 ist auch die „Bewirtschaftung“ von Steinkohlen, Braunkohlen, Briketts und Koks einer Reichszentrale übertragen, vier Tage später ein Reichskommissionär für Kohlenverteilung (der bereits demissioniert hat) bestellt worden. Mir abschriftlich vorliegende dringliche Beschwerdebeschreiben an diese Zentrale beweisen, daß auch diese „Bewirtschaftung“ keine Abhilfe der höchst unzulänglichen Brennstoffverteilung schafft. Der dem Reichskommissionär beigegebene „Beirat“ besteht außer Delegierten der Reichs- und Landesregierungen noch aus „Vertretern des Kohlenbergbaus, des Kohlenhandels und der Kohlenverbraucher“. Wer etwa glaubt, unter den „Vertretern des Kohlenbergbaus“ befänden sich auch Arbeiter delegierte, damit diese auch ihren sachkundigen Rat über eine zweckmäßige Regelung der sehr unregelmäßigen Arbeiterverhältnisse geben könnten, der verkennt total die in unserer Bureaucratie herrschenden Anschauungen. Die Dinge mit der „Bewirtschaftung“ diverser Massenverbrauchsartikel durch die zentralen „Kriegsorganisationen“ haben sich überhaupt so entwickelt, daß selbst ein so zurückhaltendes Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 171) von der Einrichtung einer „Diliegarchie“ schreibt! Bereits im Vorjahre habe ich im Landtage die so gut wie gänzliche Ausschließung von Vertretern der Arbeiterschaft und des kleineren Mittelstandes aus den vielen behördlichen „Kriegsorganisationen der Industrie“ kritisiert. Die Auswahl der „Beiräte“ aus einem exklusiven Interessentenkreis geht aber weiter, so auch bei der „Bewirtschaftung der Kohle“. Hier „beraten“ vornehmlich solche Interessenten, die sich ohnehin bereits über ganz Deutschland in privatkapitalistische Monopolunternehmungen zusammengeschlossen haben. Will der Reichstag es darauf ankommen lassen, daß die Masse der Bevölkerung, der gegenwärtig schon nicht der Einkauf ihres nötigsten Brennstoffbedarfs möglich ist, während der kalten Jahreszeit frierend in ihren dunklen Wohnungen hausen muß??

Deutschland braucht keine Kohlennot zu fürchten, wenn in den verantwortlichen Kreisen das „Vorsorgen“ dem „Verdienen“ konsequent vorangestellt wird. Man soll dazu nicht nur auf den Rat der Industrie hören, sondern auch die Vorschläge der sachkundigen Arbeitervertreter befolgen, die in der Lage sind, anzugeben, wie die Förderung und Produktion mit den vorhandenen Mitteln erhöht werden kann.

Die Wahlrechtsfrage vor dem Verfassungsausschuß.

Am Mittwoch verhandelte der Verfassungsausschuß über die zur Wahlrechtsfrage gestellten Anträge.

Die Sozialdemokratische Fraktion fordert in einem Antrage, daß in jedem Bundesstaat und in Elb-Lothringen eine auf Grund des Allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach der Verhältniswahl gewählte Volksvertretung bestehen muß. Weiter wird gefordert das Recht zur Teilnahme an der Wahl für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Die Zustimmung dieser Volksvertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich.

Berufte in und Genossen hatten einen fast gleichlautenden Antrag gestellt, der nach die Forderung enthielt, daß die Ersten Kamern aufgehoben sind.

Die Fortschrittler beantragten, daß in allen deutschen Bundesstaaten eine konstitutionelle Verfassung geschaffen werde mit einer Volksvertretung, die auf dem allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrecht beruht; ferner den Herrn Reichsfanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den mecklenburgischen Großherzogtümern unverzüglich eine konstitutionelle Verfassung eingeführt wird.

Abg. Landsberg begründete den sozialdemokratischen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Bundesstaaten das allermindeste sei, was man erwarten dürfe. Ein Pluralwahlrecht würde vom Volke direkt als eine Verhöhnung aufgefaßt werden. Ueber die Frage, ob der Reichstag zu solchen Beschlüssen kompetent sei, könne kein Zweifel bestehen. Die Oberhoheit des Kaisers lehnt das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit der kaiserlichen Kundgebung nicht in Einklang zu bringen. Der Reichstag darf keine Passivität üben, sondern muß mit aller Entschiedenheit auf eine umfassende Wahlreform drängen. Das ist ein sehr erheblicher Schritt zum Frieden, der im feindlichen Ausland den Gedanken zerstört, daß der Kampf dem reaktionären Deutschland gelte. — Abg. Stadthagen begründet den Antrag Bernstein mit dem Hinweis darauf, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nicht nur für den Ueberbau, sondern auch für den Unterbau des Reiches gelten müsse, das sind die Einzelstaaten und die Gemeinden. — Abg. Reich (K.) bestreitet die Kompetenz des Reiches und behauptet, daß Bruch in allen seinen Einrichtungen geradezu vorbildlich sei. Dem Volke sei das preussische Wahlrecht Wurst und eine Wurst wäre ihm nie leicht heute lieber. — Abg. Merz (Deutsch. Fr.) erklärt sich ebenfalls ablehnend. — Abg. Müller-Meiningen bekämpft als Anhänger der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Bundesstaaten, lehnt jedoch die weitergehenden Forderungen der Sozialdemokraten ab. Reber stellt die beiden parlamentarischen Anträge zum Vergleich, weil eine Mehrheit dafür jetzt nicht zu haben sei und schlägt dafür folgende Resolution vor:

„Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichsfanzler folgende Erklärung zu richten: Mit der an den Reichsfanzler und den preussischen Ministerpräsidenten gerichteten Oberhoheit des deutschen Kaisers und Königs von Preußen ist auch der Reichstag der Ueberzeugung, daß nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem fürchterlichen Kriege für das Klassenwahlrecht in Preußen kaum Raum mehr ist.“

Wie alle Schichten des Volkes in vorkriegsbelebter Aufregung an der glücklichen Durchführung des gewaltigen Krieges mitwirken, so werden auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei Ausgang des Krieges und nach dem Kriege zu erfüllen sind, der hingebungsollen und treubigen Mitarbeit des ganzen Volkes bedürfen. Hierfür aber ist eine unerlässliche Voraussetzung, daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug durchgesetzt wird. Dadurch werden in Staat und Reich mächtigste neue Kräfte für die Entscheidung des Krieges sowie für den neuen Aufbau des deutschen Lebens zur Entfaltung gebracht werden.“

Abg. Jund (N.) erklärt sich gegen die sozialdemokratischen Anträge und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhältnisse in Preußen sich heute so gestaltet haben, daß eine Wahlrechtsreform nicht mehr aufgeschoben werden kann. — Abg. Herold (Z.) erklärt in den Anträgen einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten. — Abg. Dr. Gradnauer teilt das Vertrauen der Nationalliberalen in die Einsicht der einzelnen Bundesstaaten nicht. Eine wirkliche Lösung könne nur die Annahme des sozialdemokratischen Antrages bringen. Zwischen dem Erlaß der Oberhoheit und dem gegenwärtigen Moment liegen drei Monate, in denen sich vieles geändert hat. Die Ereignisse überhäufen sich und das Volk ist von keinem Mißtrauen gegen die Regierung erfüllt. Deshalb muß die Reform jetzt kommen, denn nach dem Kriege hat man ganz andere Aufgaben zu lösen. — Abg. W. a. i. d. e. (Z.) geht dann auf die Verhältnisse in Mecklenburg ein und stellt fest, daß die Fortschrittler ihre Anträge nur zurückgezogen haben, um zu erreichen, daß überhaupt etwas zustande kommt. — Abg. Wurm (L. Z.) polemisiert lebhaft gegen die Konservativen. Die schwächste Stellung der Fortschrittler verhinde jedes positive Resultat. — Abg. Secker-Arnberg (Z.) nimmt das Zentrum in Schutz, das die Mehrheit im preussischen Landtage nicht habe und deshalb auch für das Scheitern einer Wahlrechtsreform nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Die Debatte wurde geschlossen. Die Abtinnung findet am Freitag nach. Die Vertreter der Regierung ergreifen in der Diskussion auch nicht ein einziges Mal des Wort, antworteten auch nicht auf die Frage, die Abg. Gradnauer an die Regierung gestellt hatte, wie weit die Vorarbeiten für die Wahlrechtsreform bereits gediehen seien.

Die Kriegslage.

Während es an der flandrischen Front und an der Artois-Front am 3. Juli ruhig blieb, lebten an der Aisne-Front die Franzosen am Abend des 3. Juli neuerlich zu mehreren unglücklichen Gegenangriffen an. Nachdem das Artilleriefeuer inzwischen verhältnismäßig gering geblieben war, begierde es sich gegen Abend und wuchs bis 10 Uhr zum Trommelsturm an, dem Angriffe auf dem linken flandrischen Flügel der neuen deutschen Stellung bei Ceray folgten. Die angreifenden Franzosen brachen im Feuer zusammen. Aus eigenem Antrieb trafen zwei deutsche Kompanien den Ueberbau nach und hoben an dieser Stelle die eigene Linie weiter vor. Ungefähr zur gleichen Zeit wälzten sich weiter westlich am Savelle-Rücken die französischen Gräben mit Sturmtruppen. Sobald dies die gegenüberliegende deutsche Grabenbesetzung bemerkte, brach sie aus ihren Gräben heraus, griff den heranziehenden, kahlen Gegner überhand an und zerstörte ihn. Im Winternacht vertrieben die Franzosen einen neuen Angriff bei Ceray, der gleichfalls unter heftigen Verlusten scheiterte.

In der Ostfront trat in der großen russischen Truppenangabe bereits am dritten Kampftage eine Pause ein. Die Artilleriekämpfe mit der hier die russischen Divisionen unter Leitung englischer und französischer Offiziere in den Kampf getrieben wurden, hand den künftigen Methoden der russischen Heerrichtung kaum nach, ja, übertraf sie womöglich noch. Die zahlreichen Gefangenen, die eingeschleppt wurden, waren trotz dieser Höhe entsetzlich zu sein. Ueberhaupt jagten sie aus, daß Kavallerie heranziehen, um die Weichen wieder in den Kampf zu ziehen. Am 3. Juli sollte der Angriff an der ganzen russischen Front. Bezüglich bei Brzegau veranlassen die Russen ihre Angriffe zu erneuern. Das kauerische Bild der Sommeroffensive 1918, wo die Angreifer regimenterweise wieder, wiederholte sich. Alles Einzelne früherer Kräfte half den Russen nicht weiter. Bereits den Sonntag über waren jedoch Zugänge mehrere hundert Angriffe schon angebrochen. Um 1 Uhr nachmittags zeigte auf die Stellung vor dem Dorf Saryan-Tarasol erneut hartes Feuer aller Artillerie ein. Gegen Abend griffen die Russen die Höhen von Brzegau an. Ein Aufbruch von Kompaniegröße war der ganze Erfolg der mit vielstündiger Ueberlegenheit ausgeführten Angriffe. Es ist jetzt größtenteils bereits wieder gescheitert. Eigene Vorstöße in die russischen Stellungen am Bektar der Jula-Tisa und bei Saryan brachten Gesangene ein.

Wien, 4. Juli. (Amtlich.)
Deutscher Kriegsjahrbuch.
Bei Begegnung wurden heftige Angriffe starker feindlicher Kräfte blutig abgewiesen. Im Abschnitt südwestlich von Borow haben die Russen nicht angegriffen.
Sonst auf allen Kriegsjahrbüchern geringe Gefechtsstätigkeit.

Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Kriegsberichte.

Frankösischer Heeresbericht vom 3. Juli nachmittags. Gestern unternahmen die Deutschen gegen 6 1/2 Uhr nachmittags nach wiederholender Beschickung eine Reihe heftiger Angriffe auf die Gräben, die wir beiderseits der Straße Willes-Bailly wiedereroberten. Der sehr lebhafteste Kampf, der die ganze Nacht hindurch andauerte, endete mit einem vollkommenen Mißerfolg des Feindes. Wir haben alle unsere Stellungen gehalten. Weiter westlich scheiterten zwei Handstreichs auf unsere kleinen Wachabteilungen. Auf dem linken Ufer der Maas steigerte sich gegen Mitternacht im Abschnitt der Höhe 304 und im Walde von Avocourt die Heftigkeit des Artilleriekampfes. Gegen zwei Uhr dreißig griffen die Deutschen auf einer Front von 500 Metern einen Vorsprung südlich dieses Waldes an. Ihre Sturmwellen brachen in unserem Feuer zusammen; sie konnten nicht an unsere Linien herangelangen. Der Feind unterließ es, seinen Versuch zu erneuern. In der Champagne sprengten wir bei einem Einfall in die deutschen Linien ein feindliches Blockhaus in die Luft. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Abends: Jemlich große Artillerietätigkeit bei St. Quentin, auf dem linken Maasufer und bei der Höhe 304 sowie in der Champagne und in den Abschnitten des Cornillet- und Teton-Berges und östlich von Couly le Chateau. Bei Patrouillenvorhören machten wir Gefangene, darunter einen Offizier. In der übrigen Front war der Tag ruhig.

Belgischer Bericht: Sehr lebhafter Artilleriekampf in der Gegend Woesten, Lizerna und Steenstraete. Ein Versuch des Feindes, den Kanal in der Richtung auf Het Sas zu überschreiten, scheiterte in unserem Feuer. Ein feindliches Flugzeug wurde von unserer Artillerie zwischen Dymuides und Keyem abgeschossen.

Englischer Bericht vom 3. Juli nachmittags: In der Nacht unternahmen wir erfolgreiche Streifzüge westlich von Harvencourt und nördlich von Neupont, wobei wir einige Gefangene machten. Südlich vom Cojoel-Hilz griff der Feind unsere vorgeschobenen Posten an. Er wurde vertrieben.

Abends: In der Gegend von Oern starke Artillerietätigkeit von beiden Seiten. Der Feind machte einen Vorstoß in unsere Gräben südlich Laventia. Zwei unserer Männer werden vermisst. Die feindliche Flugtätigkeit nahm in den letzten Tagen merklich zu. Unsere Flugzeuge entwickelten gestern eine erfolgreiche Tätigkeit der Artillerie und machten Bombenflüge. Ein japanischer Flugzeug wurde im Luftkampf abgeschossen, zwei andere außerhalb unseres Bereiches zum Niedergehen gezwungen; eines der unrigen wird vermisst.

Rußland.

Eine Anekdote.

Auf Vorschlag Kerenskis hat der Ministerpräsident Fürst Urom den Regimentern, die am 1. Juli die Offensiv ergriffen haben, rote Fahnen und den Namen „Regimenter vom 1. Juli“ verliehen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat und die Offensive.

Wie Reuter aus Petersburg meldet, richtete der Rat der Arbeiter und Soldaten sowie der Rat der Bauernabgeordneten aus ganz Rußland an die russische Armee aus Anlaß der Offensiv einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Bereits seit langem ruft die russische Revolution die Völker aller Länder zum Kampf für einen allgemeinen Frieden an. Wenn die Völker von Europa nicht auf diesen russischen Aufruf antworten, so liegt das nicht an Euch, Soldaten. Eure Organisation und eure Kraft, von denen eure Offensiv Zeugnis ablegt, werden der Stimme des revolutionären Rußland mehr Kraft geben in den neutralen Ländern und in den Ländern der Bundesgenossen, und werden das Ende des Krieges beschleunigen.“

Um den Frieden zu fördern, nehmen die Russen die Offensiv wieder auf und opfern weitere Tausende von Menschenleben. Diese Art „Friedensförderung“ verheße, wer kann.

Die Ausschließung Kerenskis

aus der Arbeiterpartei, die von den Leninisten im Kongreß der Arbeiterverbände beantragt war, wurde mit 259 gegen 201 Stimmen abgelehnt.

Die Gefahr in der Ukraine.

Die vorläufige Regierung beschloß, eine besondere Wächterung in die Ukraine zu entsenden, um sich über die Lage zu unterrichten. Die Abordnung wird sich aus sehr vollständigen Persönlichkeiten und Hauptvertretern der politischen Parteien und Vereinigungen zusammensetzen.

Wichtigster Bericht über den Verlauf der Offensiv.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Aus erweiterter Quelle werden folgende Einzelheiten der Offensiv gegeben: Die Truppen des 49. Armeekorps und der 6. Division aus Finnland griffen unter heftigen Feuer die eroberte feindliche Stellung an und nahmen zwei Linien Schützengräben nördlich von Konjusch. Feindliche Gegenangriffe schlugen sie ab. Einige Einheiten erlitten große Verluste, besonders an Offizieren. Im übrigen Teil dieses Abschnittes zerstörte unsere Artillerie weitere Schützengräben des Feindes, der fröhlich erwiderte. Im Abschnitt des 6. Armeekorps bemächtigten sich unsere Truppen aller feindlichen, fast heftigen Gräben auf den Abhängen des Berges Stramasa Coura östlich Konjusch und besetzten das Dorf Konjusch und den Wald westlich dieses Dorfes, bis zum Kor-Straße, sowie alle feindlichen Gräben südlich Konjusch. Wir machten zahlreiche Gefangene und eroberten Maschinengewehre, deren Zahl wir feststellen. Im Abschnitt des 41. Armeekorps bemächtigten sich Abteilungen der 3. Division (Transamur) des Berges des Dorfes Schwilwa aller drei feindlichen Gräben und des Waldes von Lijon und nördlich von diesem Walde, wo sie sich vergraben. Abteilungen der 74. Infanterie-Division nahmen zwei feindliche Grabenlinien nördwestlich von Jolnisch. Die Truppen des 7. holländischen Armeekorps nahmen zwei feindliche Grabenlinien südwestlich von Potomay. Südlich und südwestlich von Witschich nahmen Abteilungen des 34. und 22. Armeekorps die erste Linie und zum Teil die zweite und dritte Grabenlinie des Feindes. Wir machten Gefangene.

Italien.

Schluß mit dem Kriege.

In der Kammer erklärte Turati, daß der Krieg vor dem Winter beendet sein müsse. Der Kriegsminister habe in der Schenkung ein Bild vom Kriege entworfen, wo der Sieger Reibend auf die Leiche des be-

stiegen Feindes falle. Mit zwei Faktoren rechne man noch: Rußland und Amerika. Amerika könne moralische, kommerzielle und finanzielle Hilfe gewähren. Seine militärische Hilfe sei vom Marineminister als wertlos hingestellt worden. Freyes habe über das Kriegsende die Regierung befragt, die ausweichend geantwortet habe. Das Volk verlange, daß im nächsten Winter kein Krieg mehr sei. Man könne eine Regierung nicht unterstützen, die von anderen Staaten sich am Gängelbande führen lasse und unfähig sei, eine ganz unabhängige Politik zu treiben.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Konferenzen in Stockholm.

Stockholm, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

An Stelle Staunings trat Borgberg in das Komitee ein, das jetzt mit den Russen verhandelt.

Hier werden Franzosen erwartet, die nach Petersburg reisen. Sie sollen ein Memorandum mitbringen.

Die aus dem italienischen Exil nach Petersburg zurückgekehrte russische Sozialistin Balabanow traf hier ein, um die Geschäfte der Zimmerwald-Gruppe zu übernehmen.

Die hier eingetroffenen drei Delegierten des russischen U. und S.-Rats, Rosanoff, Smirnow und Goldberg gehören der Menschewiki-Gruppe an. Sie konferierten heute mit der Jaakopartei und im Anschluß hieran nahmen sie an einer Zimmerwald-Sigung teil.

Eine deutsche Vergeltungsmaßregel.

WB. Berlin, 4. Juli. (Amtlich.)

Die französische Regierung ordnete an, daß den kriegsgefangenen und zivilinternierten Deutschen in Frankreich Nahrungsmittel, Tabak in jeder Form, Toilettenartikel und Arzneien aus den Postpaketen sowie aus den Sammelforderungen der Hilfsvereine nicht mehr ausgehändigt werden. Sie begründet die Maßregeln durch die Behauptung, daß den in Deutschland kriegsgefangenen und zivilinternierten Franzosen der Inhalt ihrer Pakete vorenthalten werde. Diese Behauptung ist unzutreffend. Allerdings mußte eine strenge Untersuchung der an die feindlichen Kriegsgefangenen und zivilinternierten gerichteten Pakete angeordnet werden, da in ihnen Anleitungen und Werkzeuge zur Schädigung der deutschen Ernte und zu anderweitiger Sabotage in großer Zahl entdeckt wurden. Die durch eine eingehende Untersuchung bei der Post unvermeidlichen Verzögerungen wurden jedoch soweit als möglich behoben. Die deutsche Regierung verlangte daher von der französischen Regierung die Aufhebung ihrer willkürlichen Maßregel und ordnete an, daß bis auf weiteres die französischen Kriegs- und Zivilgefangenen in deutschen Orten die Waren, die von französischer Seite beschlagnahmt sind, ebenfalls vorzuenthalten sind. Wenn diese Maßregel nicht ausreicht, wird die Sperrung der bisher gestatteten Postmengen für französische Gefangene in Deutschland in Erwägung gezogen. Die Aufhebung der französischen Maßregel wird in der Presse bekanntgegeben. Bis dahin empfiehlt es sich, den kriegsgefangenen und internierten Deutschen in Frankreich anstatt der verbotenen Waren Geld zu senden.

Über die Friedensbedingungen.

Soß nach einer Mitteilung Cecilis im englischen Unterhaus auf Vorschlag der russischen Regierung eine Konferenz der Ententemächte verhandeln. Die englische Regierung verhandelt über diesen Vorschlag mit ihren Bundesgenossen.

Die Lebensmittelunruhen in Holland.

Holländische Blätter berichten, daß am Dienstag im Rotterdam-Distrikt gegen Abend weitere Ausschreitungen stattfanden. Verschiedene Läden wurden geplündert. Gegen 11 Uhr abends ging die Polizei mit dem Revolver in der Hand zur Räumung der Straßen vor. Dabei wurden in der Doffenburger Boorstraat zwei Personen ernstlich verwundet. In der Gegend des Gemüsemarktes kam es ebenfalls zu Zusammenstößen. Mehrere Burshen plünderten einige Läden. Polizei und Militär, die mit der größten Geduld die Menge zum Auseinandergehen bewegen wollten, sahen sich schließlich gezwungen, scharf vorzugehen, da sie von allen Seiten bedroht und angegriffen wurden. Das Militär feuerte, vier junge Burshen wurden getötet und eine größere Anzahl verwundet.

Nach einer Rotterdammer Meldung kam es am Mittwoch in Amsterdam wieder zu Zusammenstößen, als die Polizei Arbeitswillige begleitete. Einige Leute wurden verwundet. Ein 16jähriger Burshen, der am Dienstag verlegt wurde, ist im Hospital gestorben. Im Judenviertel Jordan wurden mehrere Läden geplündert. Auch in anderen Vierteln brachen Unruhen aus, sodaß Polizei und Militär einschreiten mußten.

In der zweiten Kammer wurden Interpellationen über die Kartoffelausfuhrpolitik der Regierung und über die Unruhen in Amsterdam angekündigt.

Die Christianiaer Bombengefächte.

Das Schwedische Telegraphenbureau berichtet: Infolge der Bombenangelegenheit in Christiania und der Ausweisung des deutschen Kuriers Rautenfels sprach Branting bei seinem Besuch in Christiania in Telegrammen an seine Zeitung den Verdacht aus, daß das schwedische Ministerium des Aeußern bei diesen Taten keine reinen Hände habe. Ein gewisser Baron Rosen, ein ehemaliger schwedischer Offizier, der in eine andere Sprengstoff-lage in Norwegen verwickelt war, sei, so sagt Branting, schließlich unbehindert von Schweden nach Deutschland abgereist.

Das schwedische Ministerium des Aeußern veröffentlichte eine Note, wonach es von dem Vorhaben des Rautenfels vor dem 19. Juli, als der Bericht von der schwedischen Gesandtschaft in Christiania einlief, keine Kenntnis gehabt habe. Ueber den Fall Rosen habe das Ministerium seinerzeit auf diplomatischem Wege gewisse Mitteilungen erhalten, die dem Justizminister zur Untersuchung übergeben worden seien. Nach der Beendigung der Untersuchung und in Anbetracht des von der schwedischen Behörden gesammelten Materials über das vorhergehende Benehmen Rosens in Schweden seien Rosen und sein Begleiter in Schweden gerichtlich verfolgt worden. Man müsse daher im höchsten Grade bedauern, daß ein Schwede, d. h. Branting, ohne Kenntnis des Sachverhalts in jetzigen schweren Zeiten eine so ernste Anschuldigung gegen das Ministerium ausgesprochen habe, die nur geeignet sei, das Vertrauen zur Leitung der auswärtigen Angelegenheit zu untergraben.

Berlin, 4. Juli, abends. (Amtlich.)
Wieder in Wien nach in Wien große Zusammenkünfte.
Ergebnis eigene Zusammenkünfte.

Amerikas kapitalistische Demokratie und wir.

Genosse Adolf Hapner (München), bekanntlich amerikanischer Staatsbürger, schreibt uns: In seiner Rede an die russische Revolutionsregierung erklärte Wilson, wie schon so oft, daß die Vereinigten Staaten ganz ohne eigentlichen Zweck das Schwert gegen Deutschland gezogen haben; es gelte nur durch die gewaltsame Befreiung Deutschlands zur Freiheit der „Menschheit“ einen Dienst zu leisten.

Dabei wird in keinem Lande so tief und eindringlich wie in den Vereinigten Staaten die Lehre gepredigt „Charity begins at home“. (Mit dem Wohltätigkeitsinn muß man zu Hause anfangen.) Und wirklich hätte Herr Wilson bei sich zu Hause anfangen müssen. Und wirklich hätte Herr Wilson bei sich zu Hause anfangen müssen. Und wirklich hätte Herr Wilson bei sich zu Hause anfangen müssen.

„Dr. Geo. L. Knapp, Mitglied der obersten Regierungsbehörde für Handelsfachen (der Zwischenstaatlichen Handelskommission) stellt in einem Artikel über „Die Arbeitsverhältnisse in den Baumwollfabriken von South Carolina“ fest, daß viele hundert Kinder dort für zweijährige Arbeit (innerhalb einer Woche) einen Lohn von 1,32 Dollar erhalten, sowie daß im selben Staate mehrere tausend noch nicht 9 Jahre alten Kinder die gleiche Zahl der Arbeitsstunden zu leisten haben. Und was sagt dieser hohe Beamte dazu: „Es besteht wenig Hoffnung auf baldige Verringerung dieser unerwünschten Verhältnisse“.

In den Anthrazitkohlenzuben des Staates Pennsylvania kamen von 1870—1903 durchschnittlich 322 Mann im Jahre ums Leben; das Minimum in diesen 34 Jahren war 166, das Maximum 518; 5 Jahre später, 1908, erreichte bei nur mäßiger Steigerung der Produktion, die Ziffer der jährlichen Menschenopfer schon die Höhe von 708, während sie im Kohlenzubenbezirk des Staates 806 betrug. Im Jahrzehnt 1898—1907 haben in den Vereinigten Staaten überhaupt 26 340 Kohlenhauer bei der Arbeit ihr Leben eingebüßt.

Im Pittsburger Stahlzirkel wurden in einem Jahre 526 Arbeiter getötet — über die Verwundungen und Verkrüppelungen gab es keine genaue Statistik.

Im Jahre 1908 betrug im Gebiete von Groß-New York mit seinen damals 4 1/2 Millionen Einwohnern die Zahl der Unfälle auf den Hoch-, Tief- und Straßenbahnen 52 599 oder täglich 144; infolge dieser Unfälle erlitten 355 Menschen sofort oder bald darauf den Tod; 68 mußten sich einer Amputation unterziehen und 2090 erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen (darunter 170 Schädelbrüche).

Mehr als 32 000 Todesfälle und zwei Millionen Verletzungen weist die Unfallstatistik in den Vereinigten Staaten während des Jahres 1907 unter den Arbeitern auf (laut dem vom Arbeitsbureau veröffentlichten Bulletin über Unfälle) — spätere Zahlen sind uns nicht zur Hand; sind aber noch wesentlich höher. Unter dem Jahrespersonal der Bahnen blieben 7 1/2 vom Tausend beim Betriebe das Leben ein, während die fast 20fache Zahl derselben Verletzungen erlitt. Das Bulletin sagt dazu, daß sehr viel, was zum Schutze der Arbeiter getan werden könnte, vernachlässigt wird, obgleich während der letzten Dekade viele und weitgehende Verbesserungen im Bahnbetriebe eingeführt wurden. Es wird hervorgehoben, daß die Möglichkeit für erfolgreiche Unfallverhütung in klarer Weise in der Erfahrung in fremden Ländern demonstriert wurde. „Angenommen“, erklärt das Bulletin, „daß die den europäischen Verhältnissen unterliegenden Verhältnisse oft ganz verschieden sind, und daß viele unserer industriellen Unfälle aus Unwissenheit, nichtrichtiger Gleichgültigkeit oder Apathie resultieren, bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß eine immense Anzahl von Menschenleben vergeudet und eine große Menge von Verletzungen der Gesundheit und Kraft zugefügt wird, mit danach folgender physischer Unbrauchbarkeit, was einen sehr erheblichen ökonomischen Wert für die gesamte Nation ausmacht.“ Ferner wird erklärt, daß es nicht unmöglich sein sollte, wenigstens ein Drittel oder vielleicht die Hälfte der Unfälle durch intelligente und rationale Methoden der Fabrikinspektion, Legislation und Kontrolle zu verhüten.

Auf je tausend Eisenbahnangestellte kommen im Dienst zu Schaden in Deutschland 2,4, in Belgien 11, in England 11,8, in den Vereinigten Staaten 43,5. Während in einem Jahre in Dänemark jeder 588., in Ungarn jeder 496., in Deutschland jeder 431. Eisenbahnarbeiter oder Angestellte verkrüppelt wird, trifft in den Vereinigten Staaten jeden 19. dieses traurige Schicksal.

St. Senator Borah von Idaho erklärte in einer öffentlichen Rede, in der er sich gegen die Gesetzesüberfretungen der Trustmagnaten wie die Dynamitereien gehetzter Gewerkschaftler wandte:

„Ich übertreibe nicht und entstelle nicht die unwillkommenen und uns anklagenden Tatsachen, wenn ich erkläre, daß wir schon jetzt, in unserer Jugend, die gesetzliche aller großen zivilisierten Nationen sind. Es gibt kein Land ersten Ranges, in welchem so wenig Respekt vor dem Gesetz herrscht, wie es in uns vorliegt — der letzte Ausdruck der Souveränität — als hier in unserer Republik.“

Sozialpolitisch sind also die Vereinigten Staaten zweifellos die züchtigsten aller modernen Industriemächte. Es bleibt ihnen höchstens der Stolz auf die „Freiheit“, auf die Macht des Volkes über die Regierung, auf die Wahl sämtlicher Behörden durch die Massen, aber diesem Vorzug steht der Umstand gegenüber, daß es keine Wahl in Amerika gibt, die sich ohne Diebstahl, Meineid, Raub und Mord abspielt. Mit irgendwelchen Mißbräuchen bei den europäischen Wahlen läßt sich das gar nicht vergleichen, denn der Wahlbetrug wird von den Parteileitungen planmäßig vorbereitet und als „Wahlmanöver“ mit aller Kunst durchgeführt. Der „Repeater“, d. h. der Mann, der mehrfach in der Wahlerliste steht, und mehrfach wählt, ist eine ständige Erscheinung zu Zehntausenden. Jeder Politiker weiß um diese Schwindelmethode und diesen Korruptionsgeist und läßt ihn sich gefallen, weil es „für die Partei“ ist. So ist auch die Selbstregierung des amerikanischen Volkes verfälscht und weit von ungerem demokratischen Ideal entfernt.

Amerika hat keinen Beruf, sich als Lehrmeister für Deutschland aufzuspielen. Wir können zwar manches Gute von ihm lernen, aber ehe uns die Amerikaner ihre Wohlthaten aufdrängen wollen, haben sie bei sich zu Hause noch eine Unmenge zu leisten und zu bessern.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 5. Juli.

Die Ursachen der Trockenzeit. Es scheint, als ob eine Zeit der Regenarmut über einen großen Teil der Erde herangebrochen wäre. In Ostasien hat Dürre schon vor Wochen stellenweise Hungersnot verursacht; in Amerika regnete es weniger als sonst, und in einem großen Teile von Mitteleuropa überwiegt seit langem sonniges, warmes Wetter, während zur selben Zeit im Westen, also über Frankreich und England, Regenfälle vorfallen, die dort und in Italien Ueberflutungen verursacht. Also auf einer Seite Dürre, auf der anderen Seite Regenüberflut.

Was ist die Ursache? fragen viele. Zunächst ist sie schwer festzustellen, weil wahrscheinlich Einflüsse, die außerhalb der Erde liegen, dieses Wetter verschubben. Man nimmt an, daß die Sonne unser Wetter mitbestimmt, und glaubt dies um so mehr, als schon Brückner und andere Forscher der Witterungsstunde ermittelt, daß vor solchen Jahren, in denen die Gledensbildung auf der Sonne am stärksten war, sehr warme Jahre eintraten. Auch jetzt ist die Sonne sehr Monate sehr fleckenreich. In solchen Zeiten sendet sie viele elektrische Energie aus. Ihre elektrischen Ausstrahlungen vermindern wahrscheinlich die elektrische Spannung auf der Erde, sie zerstreuen sie und hemmen dadurch die Gewitter-

Der amtliche Kriegsbericht.

1218. Großes Hauptquartier, 5. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern und im Artois blieb gestern die Feuerkraft meist gering. An mehreren Stellen wurden feindliche Erkundungsvorstöße abgewiesen.

Front Deutscher Kronprinz

Unser Geländegewinn am Chemin des Dames, östlich von Cerny, veranlaßte die französische Führung auch gestern und heute morgen wieder zu Angriffen, die verlustreich scheiterten. Bisher haben die Franzosen dort 15mal ohne jeden Erfolg, jedesmal aber unter erheblichen Opfern an Toten, Verwundeten und Gefangenen versucht, den verlorenen Boden zurückzuerobern.

Auf beiden Maasufereu nahm abends der Feuerkampf zu.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

In den letzten Tagen führten Aufklärungsabteilungen östlich der Mosel mehrfach gelungene Unternehmungen durch.

Eines unserer Lieg ergeschwader griff gestern vormittag die militärischen Anlagen und Küstenwerke bei Harwich an der Ostküste Englands an. Trotz starker Abwehr von der Erde und durch englische Luftabwehr gelang es, mehrere tausend Kilogramm Bomben ins Ziel zu bringen und gute Wirkung zu beobachten. Sämtliche Flugzeuge sind unverletzt zurückgeführt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Auf dem Kampffelde in Ostgalizien herrschte gestern nur geringe Feuerkraft. Es kam auf den Höhen von Brzezany zu heftigen Gefechten, bei denen die Russen aus einigen Trichterminen geworfen wurden, in denen sie sich gehalten hatten. In den benachbarten Abzweigungen blieb es im allgemeinen ruhig.

An der Front des Generalfeldmarschalls Erzherzog Josef und bei der Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen zeigt sich vereinzelt der Feind tätiger als sonst.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert. Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Bildung. Es ist auffallend, daß wir heuer so wenig Gewitter haben. Ihre Entladungen bringen sonst gewöhnlich auch Regen, er fehlt, weil auch die Gewitter ausbleiben.

Sobald sonst durch Wochen hindurch warme Lüfte gegen die Polargebiete wehen, fassen sich im hohen Norden Eismassen und schwammen südwärts, sie brachten Kältefälle mit Regen und Nordwestwinden. Nun hat die warme Zeit wieder sich schon viel Polareis zum Abschmelzen gebracht, die Kältefälle bleiben jedoch aus, die sonst, wenn sie im Mai schwächer waren, zum Junibeginn stärker fühlbar wurden. Seit Wochen ziehen tiefe Luftwirbel über den nördlichen Ozean und über Nord-England nach Nord-Scandinavien, während hoher Luftdruck dauernd Mitteleuropa beherrscht. Im Gebiet des hohen Luftdrucks bleibt es schön, nur wo die tiefen Luftwirbel wandern, regnet es und wird es kühl. Man hat schon vermutet, daß der Bau des Panamakanals das Wetter Europas beeinflusst und den Golfstrom so abgelenkt habe, daß es über Europa kühler und regnerischer werde. Das war die Ansicht im vergangenen kalten Winter.

Nun ist das Gegenteil erfolgt: ein heißer, trockener Sommer ohne Frühling. Man glaubt, daß der Golfstrom heuer nördlicher zieht als sonst, daß er das kalte, trübe Wetter weit nördlicher führt als in anderen Jahren. Wir fühlen uns in das Klima Norditaliens versetzt, also ein Hinwärtsrücken der Klimazonen gegen Norden, weshalb das unbeständige, kühle Wetter nun auch nördlicher liegt. Man kennt zunächst nicht die wahren Ursachen und vermutet allerlei, das noch zu erforschen ist. Der Bau des Panamakanals ist gewiß nicht schuld, weil es auch schon früher trockene Sommer gegeben hat. Aus Wettertafeln wollen Wissenschaftler feststellen haben, daß wir etwa alle 14 Jahre einen sehr warmen Juni hatten, so vor dem 1904, 1889, 1875, und daß allemal darauf ein sehr heißer Juli nachkam. Allerdings war es dann regenreicher gewesen als im heurigen Juni. Der beginnende Juli scheint leider ebenso trocken zu werden wie der Vormonat.

Mit unermüdlichem Eifer trägt das Lübecker Amtsblatt Preßstimmen aller Art zusammen, um damit einem belägigen Friede der Verdingung Steine in den Weg zu legen. In der gestrigen Abendausgabe der „Lübecker Anzeigen“ müssen sogar zu diesem Zwecke zwei bulgarische Blätter gegen die „sozialdemokratischen Phrasen auf der Stockholmer Konferenz“ aufmarschieren und der verhassten Scheidemann, der so entsetzliche für die schleunige Beendigung des Krieges wirkt, eins auswichen. Man arbeitet eben nach folgendem Rezept: Die eroberungslustigen Blätter des Auslandes zitieren die alldeutsche Presse und diese bringen wiederum Stimmen der ausländischen Eroberungspolitiker, und das ganze Verfahren hat den Zweck, der Welt vorzutäuschen, als kämen ja Wünsche und Wille des Volkes zum Ausdruck. Das Spiel ist aber doch zu plump, um auf Ehrliche Eindruck zu machen.

Verzorgung Lübeds mit Frühkartoffeln. In einer gestern vormittag stattgehabten Besprechung der Frage der Verzorgung Lübeds mit Frühkartoffeln, an welcher Vertreter der Städtischen Kartoffelstelle, der Preisprüfungsstelle, des Polizeiamtes, der Landwirtschaftskammer sowie Mitglieder der Bürgerkammer teilnahmen, wurde festgestellt, daß im Lübecker Staatsgebiet bei weitem nicht soviel Kartoffeln gebaut werden, um z. B. auch nur einen größeren Teil der Lübecker Bevölkerung mit Frühkartoffeln zu versorgen zu können. In Friedenszeiten ist die Nachfrage nach Frühkartoffeln um diese Zeit nicht so groß, weil noch alte Kartoffeln vorhanden waren, außerdem bedürfte die Zufuhr ausländischer Kartoffeln einen großen Teil der Nachfrage. In diesem Jahre hat sich infolge der ungenügenden Frühjahrsmiterung die Entwicklung der Kartoffeln verzögert, so daß es nicht nur unwirtschaftlich, sondern geradezu schädlich wäre, durch Zwangsmaßnahmen die Aufnahme der nur gering entwickelten Kartoffeln zu erzwingen. Um aber zu erreichen, daß schon jetzt und bis zur Ernte größerer Kartoffelmengen, Frühkartoffeln zum Verkauf gelangen, und daß eine möglichst gleichmäßige Verteilung der zum Verkauf gelangenden Kartoffeln erreicht wird, sind folgende Maßnahmen, die sofort in Vollzug gesetzt werden sollen, in Aussicht genommen: Es wird darauf hingewirkt werden, daß die erntefähigen Kartoffeln ausgenommen werden und zum Verkauf gelangen. Es werden Maßnahmen ergriffen, um zu verhindern, daß Kartoffeln noch hier nach auswärts ausgeführt werden. Die Verteilung der Kartoffeln soll nur gegen Kartoffelkarten erfolgen. Da der Verkauf in der Markthalle zu unbestimmten Ansammlungen führt, ist es vorzuziehen, diesen Verkauf bis auf weiteres vollständig auszuschließen, und ihn durch die über die ganze Stadt verstreuten Händler vorzunehmen zu lassen. Der Kartoffelverkauf in der Markthalle wird daher bis auf weiteres abgelehnt werden.

Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß im Staate Lübeck nicht soviel Kartoffeln gebaut werden, um sofort die gesamte Bevölkerung damit versorgen zu können. Es ist aber zu erwarten, daß die oben erwähnten Maßnahmen geeignet sein werden, für die Uebergangszeit bis zur Anlieferung größerer Mengen aus den Ueberseehäusern die bestehende Not etwas zu mildern und zum mindesten die Mithände zu befähigen, die sich beim Verkauf der Kartoffeln gezeigt haben.

Der Höchstpreis für Frühkartoffeln beträgt im Kleinhandel ab 6. Juli 40 Pfg. für zwei Pfund.

Verzorgungsbefähigung von Kriegsteilnehmern. Versorgungsberechtigte Unteroffiziere und Mannschaften, die vor dem 1. April 1905 ausgeschieden sind und daher nicht nach dem Mannschafteverordnungsgebot vom 31. Mai 1906, sondern nach den früheren Gesetzen — als Invaliden — abgefunden wurden, sind zum Teil aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges wieder herangezogen worden. Soweit infolge dieser neuen Dienstleistung nicht ein neuer Versorgungsgrund eingetreten war, konnten auch bei der Wiedereinlösung der Betroffenen die Vorschriften des Mannschafteverordnungsgebotes vom 31. Mai 1906 auf sie keine Anwendung finden, es mußte vielmehr bei der Abfindung nach den früheren Versorgungsgeboten verfahren. Zur Befestigung der hieraus sich ergebenden Härten ist bestimmt worden, daß solchen Kriegsteilnehmern in den Fällen, in denen sich bei Anwendung der Vorschriften des Mannschafteverordnungsgebotes vom 31. Mai 1906 höhere zählbare Gebührensätze ergeben würden, als nach den früheren Gesetzen zuerkannt sind, die Mehrbeträge aus besonderen Reichsmitteln als „Pensionszuschuß“ gewährt werden sollen. Als „Kriegsteilnehmer“ gelten von den vorbenannten Unteroffizieren und Mannschaften diejenigen, die an dem gegenwärtigen Krieg ehrenvoll teilgenommen haben und a) die feindliche Grenze zu kriegerischen Zwecken überschritten haben oder b) eine Schlacht, ein Gefecht, einen Stellungskampf oder eine Belagerung mitgemacht haben oder c) ohne vor dem Feind gekommen zu sein (b), sich aus dienstlichem Anlaß mindestens zwei Monate im Kriegsgelände aufgehalten haben. Anträge auf Gewährung solcher Pensionszuschüsse werden alsbald, mündlich oder schriftlich, unter Vorlage der Militärpapiere bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel zu stellen sein.

Die Hauschlachtungen im Winter. Die Mitteilungen des Ernährungsamts teilen zu dieser vielbesprochenen Frage mit, daß nicht beachtet ist, die Hauschlachtungen während des kommenden Winters zu verziehen. Die Genehmigung hierzu kann jedoch nach § 9a Absatz 2 der Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs vom 2. Mai 1917 nur dann erteilt werden, wenn der Schlachtoverlorger ein Tier, das er nach dem 30. September 1917 schlachtet, mindestens drei Monate in seiner Wirtschaft gehalten hat.

Der vaterländische Hilfsdienst und die Frauen. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst erstreckt sich nicht auf die Frauen. Wie aber bereits oftmals betont wurde, ist das Vaterland im weiten Umfange, noch in viel weiterem Umfange als bisher, auf die Mitarbeit auch der Frauen angewiesen. Diese Mitarbeit der Frauen ist aber, wie eine uns mit dem Erlauchen um Abdruck zugegangene Zuschrift betont, keineswegs nur bei den militärischen Bureaus in der Heimat und im besetzten Gebiet erwünscht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, sondern zum vaterländischen Hilfsdienst ist jede Arbeit in der Kriegswirtschaft zu rechnen; zur Kriegswirtschaft aber gehört Ernährung, Munitionsbeschaffung, überhaupt die Herstellung aller unentbehrlichen Dinge, ausgenommen insbesondere Transport- und Verkehrsarbeiten. Die vielen Frauen, die heute bereits in der Landwirtschaft arbeiten und somit mithelfen, die Ernährung unseres Volkes zu sichern, die bei der Post, bei der Eisenbahn, in Munitions- und anderen Gebieten für den Kriegseinsatz, auf den Werften und in den Bureaus der Behörden tätig sind, sie alle leisten bereits vaterländischen Hilfsdienst, ebenso wie die Frauen und Mädchen, die bei den Wohlfahrtsanstalten der Kriegsfürsorge, die in der Jugendfürsorge, in Krankenhäusern und Lazaretten ihren Platz ausfüllen. Die Arbeit in allen diesen und vielen anderen Gebieten ist vaterländischer Hilfsdienst, wer also bereits dazwischen Arbeit leistet, der verlässe seinen Platz nicht, um seine Kräfte auf einem Gebiete zu betätigen, das scheinbar mehr in Beziehung zum Kriege steht. Es wird dem Vaterlande ein viel größerer Dienst geleistet, wenn jeder auf seiner Stelle mit aller Kraft darnach strebt, durch Zuverlässigkeit und Pflichterfüllung mitzuhelfen, daß in Handel, Industrie und Verkehr keine Störungen und Stockungen entstehen. Wenn es allerdings auch heute noch an geeigneter Fernarbeit fehlt, melde sich schleunigst freiwillig zum vaterländischen Hilfsdienst. Für männliche Arbeitskräfte sind die Meldungen an die Hilfsdienstmeldestelle, Parade 1, für weibliche Arbeitskräfte an die Frauenmeldestelle Mengstraße 28 zu richten.

Zur Kohlenfrage. Die augenblicklichen schwierigen Verhältnisse in der Kohlenverzorgung haben zur Folge, daß nicht alle Wünsche auf Beflieferung mit Braunkohlen sofort erfüllt werden können. Die so sehr begehrten Braunkohlenbriketts kommen zurzeit nur in unzureichendem Maße heran. Auch sind Gastofen und zerfallener Hartkoks nur in kleineren Mengen vorhanden. Es kann nur dringend empfohlen werden, nicht gar zu hartnäckig auf der Lieferung desjenigen Feuerungsmittels, an das man gewöhnt ist, zu bestehen. Die Hausfrauen werden auch hier, wie auf anderen Gebieten, sich bemühen müssen, anzukommen. Die meisten für Briketts eingerichteten Herde können auch mit Koks oder einem Gemisch von Koks und Briketts gefeuert werden. Man wird aber zuerst auch mit grobem Koks zufrieden sein und sich diesen mit dem Feineln selbst zerhacken müssen. Der Hartkoks ist infolge der Betriebsverhältnisse in den Bredewerken fast nur in grobem Zustande vorhanden. In dieser Form ist er aber in Lübeck zu haben. — Soweit eine Zuschrift, die wir von amtlicher Seite erhalten. Sie ändert leider nichts an der Tatsache, daß bereits eine große Anzahl wohlhabender Leute sich ihre Kessel mit zerhacktem Koks füllen lassen und diese gutgemeinte Mahnung zum Umlernen nicht nötig haben.

Die schädliche Rechtsauffassung über die Mietssteigerungen. Die Frage, welches Recht insbesondere Kriegerräten gegenüber rückfallslos und profitlos Hausbesitzern zusteht, wird jetzt in der Zeit der Mietssteigerungen, vielfach aufgeworfen. Auf Erkundigungen an der zuständigen Reichsstelle erhielt ein Mitarbeiter des „Berliner Lokalanzeigers“ folgende Aufklärung über die Rechtsauffassung der Reichsbehörden: In der Tat ist eine rechtswirksame Kündigung auch gegen Kriegerräten möglich, wenn, wie sehr häufig, die Verträge von der Ehefrau mitunterzeichnet sind. Trotzdem seien aber solche Kündigungen praktisch wertlos, weil Räumungslagen gegen Kriegsteilnehmer (nach der Bundesratsverordnung vom 4. August 1914) auch dann nicht durchgeführt werden können, wenn eine rechtsgültige Kündigung vorliegt. Die Räumung könnte also bei Kriegerräten und Kriegerräten vom Hausbesitzer nicht erzwungen werden. Erfolgreiche Kündigungen bringen auch dem Hauswirt die Gefahr, daß die Gemeinden ihnen den Mietszuschuß kürzen oder ganz verweigern. Die Gemeinden sind auch sonst in der Lage, mit Hilfe der Mietssteigerungsämter die Kriegerräten in Schutz zu nehmen und sie zu begünstigen.

Hamburg. Wie Lebensmittel verteuert werden. Unter der Bezeichnung des Kettenhandels und der übermäßigen Preissteigerung standen vor dem höchsten Schöffengericht die Kaufleute Wilhelm Auerbach und Rudolf Virgus. Der Angeklagte A. kaufte von dem Kaufmann Sternau in Dortmund 200 Zentner geräucherter Seelachs für 202 Mk. pro Zentner und verkaufte die Ware für 212 Mk. pro Zentner an den Angeklagten V. Dieser verkaufte die Ware für 250 Mk. pro Zentner weiter. Diese Preissteigerung ist erfolgt, obgleich fast keine Kosten entstanden sind, da die Ware in Dortmund liegen blieb. V. hat somit, ohne die Ware nur berührt oder sich darum gekümmert zu haben, innerhalb 17 Tagen 700 Mk. verdient. Nach Statistischer Bureausaufnahme nahm das Gericht an, daß beide Angeklagte sich in schuldiger Weise des Kettenhandels, d. h. der

der übermäßigen Preissteigerung häufig gemacht haben, und wertvolle u. zu 2000 Mk., zu 9000 Mk. Geldstrafe, eventuell für je 16 Wk. einen Tag Gefängnis.

Kiel. Verurteilter Totschlag. Unter der Mithilfe des Mordversuchs, die aber im Laufe der Verhandlung in eine Mithilfe wegen verurteilten Totschlages geändert wurde, stand die Ehefrau G. aus Mönkeberg vor dem außerordentlichen Kriegsgericht. Die Angeklagte soll ihr 1 1/2 Jahr altes Kind mit einem Rasiermesser zu töten versucht haben. Sie gibt ihr Vergehen zu, will aber in der Aufregung gehandelt haben. Der Mann der Angeklagten, der trotz seines Einkommens von ungefähr 90 Mk. die Woche es nicht unterlassen konnte, seinen Besitz nach auf unredliche Weise zu vermehren, soll die Angeklagte unter Drohungen dazu gebracht haben, an seinen Raubzügen teilzunehmen. Ganze Hausstände sollen von beiden ausgeräumt worden sein. Eines Tages wurde die Angeklagte wegen Diebstahls festgenommen. Wegen ihres kleinen Jungen hat man sie nach Feststellung ihrer Personalien wieder nach Mönkeberg fahren lassen. Abends hat man dann auch ihren Mann festgenommen. In der der Verhaftung folgenden Nacht hat die Angeklagte den Entschluß gefaßt, mit ihrem Kinde aus dem Leben zu scheiden. Sie hat dem Kleinen mit einem Rasiermesser zwei Schüsse an den Pulsadern und eine 6 Zentimeter lange Wunde am Hals beigebracht; sich selbst hat sie an einer Pulsader verfehlt. Später hat sie ihrem Kinde Quecksilber zu trinken gegeben und auch selbst von dem vermeintlichen Gift einen Becher voll getrunken. Das Gericht verurteilte die Angeklagte unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängnis.

Nordholländ. Ein Ehepaar vom Blich getroffen. Bei einem starken Gewitter schlug der Blich in den Besitz des Parzellisten H. Clemmensen auf H.-Feld. Das im Bett liegende Ehepaar wurde getroffen, der Mann an der linken Kopfseite verbrannt und die Frau an der rechten Körperseite gelähmt. Beide wurden bewußtlos ins Freie getragen. Die Gebäude brannten vollständig nieder.

Schwarzenb. Dreißig Gebäude durch Großfeuer eingäschert. In dem ungefähr 10 Kilometer von hier entfernt liegenden Dorfe Wangelau entstand in dem Bauhaus des Hufners Peemüller ein Feuer, das infolge der Dürre rasend schnell um sich griff und das Wohnhaus und die Scheune in Brand setzte. Die Flammen sprangen auf das Gewese des Hufners Scharnberg über, wo das Wohnhaus, die Kornscheune und der Schweinestall bald in Flammen standen. Dann nahm das Flugfeuer seinen Weg nach dem etwa 100 Meter entfernten Gehöft des Hufners Marbs, bald darauf brannten auch die Gewese der Hufnerin Witwe Peters, des Schmiedemeisters Preis und die Kornscheune des Hufners Heinrich Peters. Im ganzen gingen 22 Gebäude in Flammen auf. Nur sehr wenig Inventar konnte geborgen werden. Leider kamen auch eine Kuh, mehrere Kälber und etwa 20 Schweine in den Flammen um. Den zahlreichen herbeigeeilten Brandwehren gelang es mit knapper Not, das Dorf vor dem gänzlichen Untergang zu bewahren. Der Schaden ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt.

Büchen. Der Tod der Eisenbahnerin. Als der Lokführer von Schwarzenb. nach Büchen sich in Bewegung setzte, rutschte die Bremserin E. Gröber aus Hamburg auf der zum Bremstufen führenden Treppe aus und stürzte ab. Ein Wagen ging über sie hinweg und fuhr ihr beide Schenkel ab. Die Schwerverletzte starb bald darauf.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 4. Juli. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Atlantischen Ozean und in der Biscaya. 5 Dampfer und 4 Segler. Unter den vernichteten Schiffen befinden sich u. a. die englischen Dampfer „Leviathan“ (3317 Tonnen) auf dem Wege nach England, „Kajanda“ (7169 Tonnen), der Munition geladen hatte und fast gleichzeitig mit der Torpedo-Explosion in die Luft flog, ein großer bewaffneter Dampfer, anscheinend mit Erplabung auf dem Wege nach England und der englische Zweimastdampfer „Caric Harven“. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Basel, 4. Juli. Aus Petersburg wird gemeldet: Der Kongress der Kojaten von ganz Russland endigte mit der Annahme von zwei Resolutionen. Die erste Resolution wendet sich gegen die Auflösung der Duma, weil dies eine Verletzung der grundlegenden Grundsätze Russlands sei. Die andere gegen die Autonomie der Ukraine, weil diese die Einheit des Volkes bedrohe. Der Kongress erklärt, die Kojaten würden die Regierung in diesen Fragen insgesam antretzen.

Amsterdam, 4. Juli. Der Aufforderung der Führer der Arbeitervereine, den Generalstreik für zweimal 24 Stunden zu organisieren, sind über 10 000 Arbeiter aus den verschiedensten Betrieben der Marinewerft, der Munitionsfabrik in Hemburg, der Maschinen-Betriebe usw. angetreten. In den Straßen ist es ziemlich ruhig. Soldaten patrouillieren durch die Stadt. Gegen Mittag zeigte sich auch härtere Patrouillen in der inneren Stadt. In der vorletzten Nacht sind 5000 Helikopter-Kartoffeln eingetroffen, die zur Verteilung kamen. Die Kartoffelhändler werden beim Transport der Kartoffeln von Soldaten mit angelegtem Bajonett begleitet. Es sind über 5 Bataillone Infanterie, 1 Infanterie-Regiment und starke Abteilungen berittener Gendarmen in Amsterdam angetreten.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Tübingen und den Nachbargebieten“ sind die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Dömitz, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Gmündlich in Tübingen.

Bekanntmachung

betreffend Höchstpreise für den Kleinhandel mit Frühkartoffeln.

Vom 4. Juli 1917 ab darf beim Kleinhandel mit Frühkartoffeln ein Preis von 40 Pfg. für 2 Pfund nicht überschritten werden.

Der den festgesetzten Höchstpreis überschreitend, wird auf Grund des § 6 des Höchstpreisgesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.

Tübingen, den 4. Juli 1917. 1662

Das Polizeiamt.

Verordnung

betreffend den Verkauf von Frühkartoffeln in der Markthalle.

Auf Grund des § 66 der Höchstpreis-Ordnung werden die Frühkartoffeln, die bis auf weiteres in der Markthalle an den Verkauf gebracht werden, nicht mehr handhaben darf. Das Verbot erlischt ab dem 1. August d. J. Die Zugänge zur Markthalle und die Straßen, an welchen diese Zugänge liegen, sind ab dem 1. August d. J. für den Verkauf von Frühkartoffeln zu schließen.

Tübingen, den 4. Juli 1917. 1663

Das Polizeiamt.

Allen Verwandten und Bekannten, sowie den Schloßherrn der Schiffswerft von Henry Koch für die Gratulationen und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich (1656)

Joh. Böttcher und Frau geb. Hildebrandt.

Zu mieten gesucht a. l. E. eine große Zwei- od. kleine Dreizimmer-Wohnung mit Gas, am liebsten Marl. Ang. mit Preis u. L. M. 15 a. d. Exped. (1661)

Die Frau, die am Dienstag nachmittag das Portemonnaie in der Beugelscheinstelle aufgenommen hat, ist erkannt worden. Bei Nichtablieferung an die Verleierterin Wölke, Untertrave 88, wird Strafanzeige erfolgen. (1656)

Das Grundübel.

Separatabdruck von fünf Artikeln aus der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ in der sie im Monat Juli 1916 erschienen sind.

Von A. Gerisch.

— Preis 15 Pfg. —

Zu haben:

Buchhandl. Fr. Meyer & Co. Johannisstr. 46.

Bilderleisten einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 85. Fernruf 2808.

Deutsch-Polnisch.

Sprachbüchlein für Feldsoldaten.

— Preis 15 Pfg. —

Deutsch-russischer Soldatensprachführer.

— Preis 20 Pfg. —

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Zahn-Praxis

M. Marcks (1660) Breite Straße 56. Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne ohne Herausnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.

Hügl. des Red.-Sparu. Lubera.

Täglich:

Platzverkauf von Braunkohlen und Holz. Heier. Baye, Lindenstr. 17a. Fernruf 913. (1667)

Stadthallen-Sommertheater

Donnerstag, den 3. Juli 1917:

Anfang 8 Uhr:

Die Landstreicher.

Freitag, den 4. Juli 1917:

Auf Wunsch:

Anfang 8 Uhr:

Wie fessele ich meinen Mann?

Sonntag, den 7. Juli 1917:

Anfang 6 1/2 Uhr und

Sonntag, den 8. Juli 1917:

Anfang 7 1/2 Uhr:

Die Puppe.

Operette von E. Andran.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

HOLSTENSTRASSE

LÜBECK

Preiswerte

Tagesbedarfs-Artikel

mannigfachster Art: 1665

Soweit Vorrat:

In der Parfümerie-Abteilung:

Bayrum Flasche 1.25
Franzbranntwein Flasche 1.25
Brennessel-Haarwasser Flasche 1.45
Birken-Kopfwasser Flasche 1.45
Schuppen-Pomade Wolff & Sohn 1.50
Frisiercreme Dose 50^g
Klettenwurzelöl Glas 75^g
Brillantine flüssig Flasche 1.00

„Odea“ feinstes Hautpuder große Spiegeldose 1.25
Lilienmilch-Hautcreme Tube 50^g
Sonnenbrand-Puder Spiegeldose 1.00
Lechner Buch 50^g 30^g
Puderpapier Buch 50^g 30^g
Lechners Lilienmilch Flasche 1.50
Nagelpolierstein 50^g
Tippu Tipp Dose 65^g
Nagelcreme „Victoria“ Dose 65^g
Fuß-Streupuder „Wisbala“ Dose 30^g

Ein Posten

Feine Parfüms

Gustav Boehm, Offenbach a. M.

große Flaschen durchweg 98^g

In der Papierwaren-Abteilung:

Briefmappe Billettpost, 26 Bogen mit undurchsichtigen Umschlägen 65^g
Briefmappe Reisepackung, Lein. mit Seide gefüllten Umschlägen 68^g
Briefmappe „Elfenbein“ ff. Elfenbeinpapier mit Seidenfutter 95^g
Briefkassette Alt-Wien 1.25
Briefumschläge Geschäftsformat 100 Stück 85^g
Briefumschläge Billettformat, undurchsichtig 100 Stück 95^g
ii. Briefpapier im Block 1.15 65^g

Mundtücher 100 Stück 1.00
Tischläufer 1.25 95^g 65^g
Tabletdecken Dutzend 28^g
Taschentücher 25 Stück 50^g
Toilette-Papier Rolle 28^g
Butterbrot-Papier 100 Blatt 60^g
Salicyl-Papier Rolle 22^g

Alben für Liebhaber-Photographien in verschiedenen Ausführungen 8.75 bis 1.25 95^g und 75^g

Postkarten-Alben

in großer Auswahl

75^g 95^g 1.25 bis 18.50

Lübecker Ansichten

12 Kunstdrucke in Büttenkartonmappe mit Seidenverschönerung 50^g

In der Haushalts-Abteilung:

Marktnetze 1.95 1.75 1.25
Markttaschen 6.25 bis 1.45
Verlängerungstaschen 11.00 bis 3.95
Basttaschen 1.95 bis 95^g
Wäschekörbe 7.50 bis 2.25
Wäschekörbe Span 1.10 bis 75^g
Tassenkörbe 2.75 bis 1.10

Holzlöffel 1.10 bis 25^g
Quirle 25^g bis 10^g
Brotbretter 50^g 30^g 20^g
Küchenbretter 8.25 bis 50^g
Gurkenhobel 1.25
Messersputzbrett 1.25 95^g
Aermelplättbretter 1.45

Feldstühle

4.50 bis 1.75 1.25

Liegestühle

50.00 bis 9.50 6.75

In der Lebensmittel-Abteilung:

Salat-Gurken Stück 40^g
Große Bohnen Pfund 45^g
Junge Erbsen Pfund 65^g
Tomaten Pfund 1.60
Stachelbeeren Pfund 45^g
Zitronen Pfund 65^g
Backpflaumen 1/2 Pfund 3.30
Sultana-Rosinen 1/4 Pfund 1.15
Salizylpulver Paket 10^g
Vanillin-Zucker Paket 10^g
Backpulver Paket 10^g

Feinstes Salatöl 1/10 Pfund 1.75
Feines Speiseöl 1/10 Pfund 1.65
Tafel-Senf-Ersatz Pfund 1.00
Anchovis 1/4 Pfund 38^g
Stockfisch trocken, Pfund 2.40
Sardellenpaste Dose 1.65
Fischklops mit Karotten 2.30
Krabben in Gelee Dose 3.50
Hering in Gelee 2-Pfd.-Dose 4.50
Himbeersaft Pfund 1.10
Kirschsaff Pfund 1.10

Holländisches

Puddingpulver 65^g

Anschwartzware, Paket

Weine

Bordeaux-, Rhein-, Mosel- und Südweine sehr preiswert.

Eine Stimme der Verständigung.

Unter dem Titel „Das Recht der Völker“ schreibt das Blatt des französischen Gewerkschaftsausschusses „La Bataille“: Es ist vergebens zu verheimlichen, daß die einzige Frage, die gegenwärtig die Völker leidenschaftlich bewegt, sich auf das Ende des Krieges bezieht. Die Kämpfenden, die dem Tode ausgesetzt sind, die Zivilbewohner, die drückender Herrschaft, Angst und Einschränkungen unterworfen sind, alle stellen sich die Frage, wie der Krieg enden soll oder wie er wenigstens aufhören könnte, damit dieses Trauerspiel zum Abschluß komme, in dem so viele arme Existenzen eine so schmerzliche Rolle zu spielen haben, die droht, sich niemals zu erschöpfen. Dieser brennende Friedensdurst steht im Zusammenhang mit den vielen Reden über die Kriegsziele. Denn nichts lößt den Menschen so sehr Mut ein, als wenn man ihnen sagt, warum sie entbehren. Und was sagt man den Bürgern? Man sagt ihnen, daß sie für die Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechts der Völker kämpfen. Wir stellen keineswegs den guten Glauben der also redenden Wortführer in Zweifel. Aber wir sind der Meinung, daß sie einen Gesichtskreisraum begehren. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker besteht noch nicht. Bevor man es also wiederherstellen will, sollte man vielleicht darauf bedacht sein, es zu schaffen. Das ist kein Wortspiel. Die Geschichte im äußersten Altertum bis zum Jahre 1914 lehrt uns, daß die Differenzen zwischen Regierungen und zwischen Völkern durch die Macht entschieden worden sind. Während sich im inneren Leben der Völker allmählich ein Recht des Individuums bildete, haben die Völker unter sich fortgefahren, das Recht des Stärkeren anzuerkennen, die Gewalt zu üben und vom Los der Waffen Vorteile, Rache, Vergeltung zu erwarten. Als Ludwig XIV. Straßburg nahm, fragte er die Straßburger nicht um ihre Meinung. Als Rußland, Preußen und Oesterreich Polen aufteilten, kümmerten sie sich wenig darum, ob die Polen das nach ihrem Geschmack fanden. Noch näher liegt uns das Schicksal der Ägypter, die von England, der Tripolitaner, die von Italien unterworfen worden sind, und der Marskaner, die sich in Franzosen umwandeln, weil die Kanone weiter reicht als der Schießprügel. Ganze Gebiete sind auf diese Weise von einer Hand in die andere übergegangen und jedesmal hat das besiegte Volk kein anderes Ziel im Auge behalten, als seine Macht wieder herzustellen, um sich erfolgreicher zu schlagen, sobald die Gelegenheit zu neuen Begegnungen auftauchen würde. Man soll uns also nicht von der Wiederherstellung des Rechts der Völker sprechen! Man soll sich aber auch nicht einbilden, daß ein dauernder Friede aus einer Berichtigung der alten Weltkarte hervorgehen kann, wenn diese Berichtigung von einem Sieger einem Besiegten aufgezwungen worden ist. Der lange Krieg hat die Menschen dazu gebracht, nachzudenken. Er bietet ihnen durch seine zeitliche und räumliche Ausdehnung eine besondere Gelegenheit, die Nationen mit einem Recht zu begaben, wie es für die Individuen besteht. Wir behaupten sogar, daß das einzige Mittel, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, darin besteht, daß die streitenden Parteien mit Nachdruck die Gewalt als richtiges Mittel verworfen, und ein Gericht der Völker einsehen, dem alle den Krieg verlängern Fragen einschließlich der Elsaß-Lothringischen unterworfen werden. Früher oder später wird man doch dazu kommen müssen, und es wäre unendlich besser, daß es bald geschieht. Wir bitten Ribot und Wilson um Entschuldigung. Aber wenn sie von der gemeinsamen Wiedereroberung verlorenen Provinzen sprechen, treten sie für den Zweikampf als rechtes Mittel ein. Sie verurteilen die Gewalt nur, um sie im nächsten Augenblick zu verherrlichen, und wenn auch das Recht auf ihrer Seite wäre, so hindert das nicht, daß sie eine Sprache reden, die nicht die Sprache der Zukunft ist, und die selbst nicht die Sprache von heute sein darf. Sie wollen den Verein der Völker, aber sie verfügen, daß die Völker der Aufnahme in diesen Verein erst würdig sein sollen, wenn man die schwie-

riesten Fragen ohne sie, vielleicht gegen sie, geregelt haben wird. Wir wissen wohl, daß dieser jetzt schon als möglich angesehene Völkerverein alle diejenigen abkößt, die den Satz für heilig, die Rache für göttlich, die Vergeltung für das vollkommene Recht erklären. Aber der Haß, die Rache und die Vergeltung bringen nur Zerstörung und Tod herbei, und gerade davon hat die Welt genug ertragen. Sie will, daß man ihr endlich das Mittel zum Leben gibt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Seniorenkongress des Reichstags trat am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, um den Arbeitsplan für die nächsten Tage festzulegen. Am Donnerstag steht die Kreditvorlage zur Beratung. Die Beratung wird aber dann unterbrochen, bis der Hauptausschuß seine Arbeiten erledigt hat. Am Freitag steht die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages auf der Tagesordnung. Damit soll die Beratung des Antrages des Verfassungsausschusses verbunden werden, für die Rielenwahlkreise mehr Mandate zu schaffen. Am Sonnabend wird dann die Beratung der Kreditvorlage fortgesetzt. Diese Beratung wird die Form einer allgemeinen Debatte annehmen.

Im Hauptausschuß des Reichstages

kam es im Anschluß an die bereits mitgeteilten Ausführungen der Regierungsvertreter zu einer interessanten Debatte, die nach einem uns zugegangenen eigenen Bericht folgenden Verlauf nahm:

Abg. Ebert wies auf die Gefahr hin, daß wir einen vierten Winterfeldzug erleben könnten. Das sei für alle Völker ein fürchterlicher Gedanke. Dann ging Redner auf die Zustände in unserem eigenen Lande ein, wobei er sich besonders scharf gegen die ungenügenden Maßnahmen in der Ernährung und in der Rohstoffversorgung der Bevölkerung wendete. Die Versprechungen, die uns in dieser Beziehung gemacht wurden, sind leider nicht erfüllt worden. Eine Hoffnung bestete noch, daß wir noch in diesem Jahre zum Frieden kommen könnten: die Vorgänge in Rußland. Offenbar sei es den weitesten Kreisen Rußlands eruit mit der Forderung, endlich Frieden zu machen ohne Kriegsentwicklungen und Eroberungen. Auch heute noch sei seine Partei der Ansicht, daß es Pflicht der Regierung ist, klar und bestimmt ohne jede Einschränkung die Zustimmung zu dieser Forderung zu geben. Ebenso notwendig sei es, daß die Regierung ihren Versprechungen in bezug auf die Neuorientierung endlich Taten folgen lasse; auf den Burgfrieden könne keine Rücksicht mehr genommen werden; gerade diejenigen, die sich am eifrigsten gegen jede Verbesserung unserer Verhältnisse sträubten, achteten am allerwenigsten auf den Burgfrieden. Die Wahlrechtsfrage müßte endlich gelöst werden und zwar sei hier entscheidend die Wahlrechtsfrage für Preußen. Redner wies auf die Rundgebung in den Blättern hin, in welcher gut konservativere Männer eine Forderung des preussischen Wahlrechts forderten. (Zuruf von den Konservativen: Es handelt sich nicht um konservative Männer! — Zuruf von Dr. David: Welch eine verschwindende Minderheit bilden Sie, wenn Sie selbst diese Kreise nicht mehr als die Ihrigen in Anspruch nehmen können!) Auf welchem Wege in Preußen endlich das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt werde, sei nicht entscheidend, staatsrechtliche Bedenken kommen nicht in Frage. Nur müsse sofort gehandelt werden, gleichgültig, ob auf dem Wege der Landes- oder der Reichsgesetzgebung. Zu fürchten sei aber, daß mit Hilfe des preussischen Abgeordneten- und Herrenhauses diese Aufgabe niemals gelöst werde. In diesem Kreise werde vielfach die Angelegenheit von dem Gesichtspunkte aus betrachtet, daß es eine Torheit wäre, wenn die Herren den Akt abjäten würden, auf dem sie sitzen. Eine Verschleppung dieser Angelegenheit sei aber jetzt nicht mehr möglich, und

deshalb müsse die Regierung gefragt werden, wie sie sich zu der Kriegsforderung und zu der Forderung einer Neuorientierung stelle.

Nach einer kurzen Auskunft des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes v. Capelle bestätigte auch Abg. von Papez (Wolksp.), daß der Abg. Ebert mit seiner Schilderung der Zustände in unserem Lande in der Hauptsache das Richtige getroffen habe. Freilich treffe diese Schilderung im vollen Umfange für die Großstädte zu; in den anderen Bezirken lägen die Verhältnisse etwas günstiger. Entscheidend sei aber, daß jetzt, nachdem der Krieg bereits drei Jahre dauere, noch immer nicht die sichere feste Hand bei der Regelung der Verhältnisse zu spüren sei. Endlich müsse doch auch unsere Verwaltung den richtigen Weg finden. Eine neue Erklärung der Regierung über die Friedensfrage würde wohl keinen Wert haben; die nötige Klarheit sei in dieser Beziehung bereits geschaffen worden. Dagegen würde für die längst besprochene Demokratisierung unseres Landes kein Nutzen mehr möglich sein; hier müßte das Nötige gleich geschehen. Ebenso sei die Zensur geradezu unerträglich geworden; selbst ein Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ wäre aus völlig ungenügenden Gründen von den Maßnahmen der Zensur aufs schwerste getroffen worden.

Flugblattverbot.

Abg. Dietrichmann fragt im Reichstage: Mit dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das General-Lesermando in Leipzig verboten hat, zwei Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, betitelt: „Die Wahrheit über die Friedenspolitik der Regierungsozialisten“ als Flugblatt zu verbreiten?

Bittet der Herr Reichskanzler diese Parteimahne zugunsten einer einzelnen politischen Partei und was gedient er zu tun, um die ungehinderten Erörterungen der Kriegsziel- und Friedensfragen gegen solche Eingriffe militärischer Befehlshaber sicherzustellen?

Erhöhung der Brotzotation?

Einer Korrespondenz zufolge teilte im holländischen Ministerium des Innern gelegentlich ein Presseblatt, ein Regierungsvertreter mit, die Reichs-Richtzählung vom 1. Juni habe entgegen den Erwartungen eine nur sehr geringe Abnahme des Rindviehbestandes ergeben, während der Schweinebestand eine größere Abnahme aufzuweisen habe, da vielfach Hauschlachtungen vorgenommen worden seien. Zunächst könnte aber noch die Gewährung von Sonderzulagen an Vieh aufrechterhalten werden. Es sei aber in Aussicht genommen, diese Sonderzulage vom 15. August ab in Wegfall zu bringen, an welchem Termine voraussichtlich die Kürzung der Brotzotation aufgehoben werden könne.

Rumäniens wirtschaftliche Lage.

Als im Winter 1916 die Truppen der Verbündeten das fruchtbare und produktionsfähige Rumänien besetzten, war die gesamte Erdöl-Industrie Rumäniens durch rumänische Kommissionen unter englischer Leitung planmäßig zerstört worden. In der Landwirtschaft hatten die bereits eingebrachten Getreidevorräte durch die Kämpfe stark gelitten und ein erheblicher Teil war vollständig vernichtet worden. Das Verkehrsnetz war durch Sprengungen zahlreicher Brücken, Tunneln, durch Unbrauchbarmachung wichtiger Geleisenanlagen und durch Schiffversenkungen in der Donau gehöhrt. In der Industrie waren fast alle Betriebe durch Zerschlagen der Maschinen usw. völlig lahmgelegt. Die Zahl der Arbeitskräfte war durch Aushebung zum Heere, Verschleppung und Mord stark gemindert. Die Finanzen des Landes waren durch die von der rumänischen Regierung angeordnete Fortführung der Baustände untergraben worden. Die Aufgaben, die daher in Rumänien gelöst werden mußten, waren besonders schwieriger Art; doch eine großzügige Organisation hat die Mängel des Landes behoben.

Ein Wirtschaftsrat, der ein weites Netz von Beauftragten und Sachverständigen über das ganze Land gezogen hat, ist eingesetzt worden. Er hat die Aufgabe, das besetzte Gebiet für kriegswirtschaftliche Zwecke auszunutzen. Sowohl bei den Di-

Es fauft das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben. Von Dorothy Richardson. Einzige berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

24. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Sie hatte nicht einen Heller Geld, und ihre Kleider waren in einem derartigen Zustande, daß sie sich noch nicht einmal nach Arbeit umsehen konnte; sie bezahlte für ihr Nachtlager damit, daß sie tagsüber zehn Stunden in der Küche arbeitete. Als sie einige Tage schwer gearbeitet hatte, hörte sie nach und nach mit dem nächsten Jammern auf und wurde ganz verärgelt und still; nur ihren Augen konnte man es ansehen, wie unglücklich sie war. Ich sprach zu Bessie von ihr, und eines Tages machte diese den Vorschlag, daß wir, sobald wir mit der Arbeit bei Rosenfeld fertig seien, zu dritt auf die Suche nach Arbeit ausziehen sollten. Und so sogen wir denn eines Montags in der Frühe los, denn eine große Wäschefabrik hatte eine Anzeige erlassen, daß sie zwanzig neue Näherinnen suche. Haben Sie schon früher einmal auf elektrischen Maschinen genäht? fragte der Abteilungschef. Nein, aber das werden wir bald heraus haben, sagte Bessie. Wir sind alle drei sehr geschickt. Sie hatte sich erhoben, die Wortführerin zu sein. Ja, daran zweifle ich ja gar nicht, nur werden Sie die erste Zeit nicht viel fertig bringen. Gehören Sie denn alle drei zusammen? Ja. Dann möchten Sie wohl also auch in einer Stube beisammen bleiben? sagte er, und führte uns in einen Arbeitsaal, in dem ein Höllenpekoral herrschte. Die in endlos Reihen nebeneinander sitzenden Arbeiterinnen hielten den Blick mit gespannter Aufmerksamkeit auf ihre Arbeit gerichtet; nicht eine einzige hob den Kopf, als wir eintraten; es war nicht wie bei Rosenfeld. Keine Arbeiterin wird in einer amerikanischen Fabrik, in der sie angestellt wird, jemals den Kopf von der Arbeit erheben, wenn Fremde eintreten; ich habe das mit der Zeit geradezu als eine Kennzeichnung der Fabrik anzusehen gelernt. Aller Augen waren angestrengt nur auf die weißen Gewebe gerichtet, die durch ihre Finger förmlich dahinfliegen, um irgendwo hinter den jurrnden Maschinen zu verschwinden; aller Rücken waren wie in tiefer Müdigkeit gebeugt. Zwischen den Reihen steifer, angepannter Gesichter lagen auf den Tischen ganze Berge von feiner Wäsche und Spitzen, Taghemden, Nachthemden, Unter-

leibchen, alles möglich, das diese blaffen Frauen da in dem nervenaufreibenden Räum um wenige Cent für das Stück hatten nähen müssen. Der Abteilungschef, ein Jude, schien an sich ein lebenswütiger Mensch zu sein. Er führte uns in die Mitte des Arbeitszimmers, wo über jeder Maschine eine Gaslampe hing; denn obwohl von beiden Seiten des Saales das Licht durch die großen Fenster hereinströmte, war es dennoch nicht hell genug, um die feinen Nadelstiche genau zu sehen. Bessie und ich bekamen die Plätze nebeneinander angewiesen, Eunice etwas weiter von uns. Dann begann die erste Arbeitsstunde. Der Vorarbeiter zeigte uns, wie wir mit Nadel und Spule umzugehen hatten und wie der elektrische Strom ein- und ausgeschaltet werden mußte; aber als ich zu arbeiten begann, bekam ich einen derartigen Schreck, daß ich förmlich vom Stuhl hochfuhr. Der Vorarbeiter lachte. Das werden Sie bald gewohnt sein, sagte er, nur werden Sie die ersten Nächte nicht viel zum Schlafen kommen, weil es auf die Nerven geht. Aber in etwa einer Woche ist die ganze Geschichte längst vorüber. Ja, ja, alles geht vorüber, Kleine, piepste eine schrille Stimme irgendwo in der Nachbarschaft. Alles ist einmal vorüber auf dieser schönen Welt! Ich wandte mich um und sah eine alte, zahnlöse, runzelige Frau, die mich anlächelte und mir freundlich zunickte. Na, na, Mirjam, was ist denn mit dir schon wieder los? fragte der Vorarbeiter halb ärgerlich, indem er zu Bessie hinüberging, um auch ihr zu zeigen, wie sie mit der Maschine umgehen müsse. Aber die Alte kümmerte sich nicht weiter um ihn, sondern lachte nur still in sich hinein. — Ich hatte jetzt keine Zeit, mich um sie zu kümmern, sondern beugte mich über meine Maschine, bemüht, einen möglichst sauberen Saum zustande zu bringen. Ich kannte unwillkürlich, wie geschickt alle diese Arbeiterinnen waren; selbst die alte, runzelige Frau da konnte also noch mit dieser anstrengenden, nervenaufreibenden Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen. Dabei war es bei weitem schwerer, eine solche elektrische Maschine zu handhaben, wie eine gewöhnliche; der Stoff zog und zerrte nach allen Seiten, er rannte mir geradezu davon, und die Nadel tanzte so schnell dahin, daß mein ungeübtes Auge ihr kaum zu folgen vermochte. Ich mühte mich eine Weile mit der Arbeit ab und sah dann ganz verzweifelt in einer Nachbarschaft zu, in der Hoffnung, ihr vielleicht irgendwelche Handgriffe abzusehen. Sie hieß Rachel Goldberg und war eine Jüdin mit wulstigen, roten Lippen, ein Typus

der New Yorker Nähmädchen sozusagen; aber ich sah ihr lange voll Bewunderung zu, denn sie verstand ihre Sache. Ihre kurzen, ungeschlachten Finger zauberten wahre Wunder von spitzenbesetzten Hemden und Unterleibchen aus der Maschine hervor, und sie wurde nicht nur deshalb, sondern auch wegen ihrer unerhöplichen Arbeitskraft von allen Kolleginnen bewundert und beneidet. Es war, als sei die Arbeit für sie gar keine Arbeit, sondern nur so eine Art Zeitvertreib, so müde und abgeradert sie an sich auch aussah. . . . Bisslich hielt ihre Maschine inne und sie lehnte sich im Stuhl zurück, gähnte laut und streckte die Arme in die Luft. Zum Teufel geht man bei dieser Hundearbeit, sagte sie, als sie bemerkte, daß ich ihr zugesehen hatte. Ja, und dabei arbeiten Sie doch scheinbar so leicht, als hätten Sie Ihr ganzes Leben lang nichts anderes getan. . . . Sie schüttelte den Kopf. Gewiß arbeite ich schon lange an der verdammten Maschine da, aber mein Rücken jammert mich heute noch genau so, wie am ersten Tage. Und sie brach kurz ab und beugte sich wieder über die Arbeit, die wir von selbst unter ihren Händen zu gedeihen schienen. Bessie und Eunice schienen es mit ihrer Maschinenarbeit nicht besser zu gehen als mir, als der Vorarbeiter mit unserer ersten Arbeit daherkam. Ich bekam ichts Unterleibchen zugewiesen, die für eine ungeübte Näherin schon auf einer gewöhnlichen Maschine nicht einmahl zu machen waren, wiewohl mehr aber noch auf der elektrischen, die bei dem leichten Druck des Fußes auf das Pedal Miene machte, mit dem ganzen Stoff davonzurufen. Innerhalb einer Stunde hatte ich ein volles Duzend in Grund und Boden ruiniert. Ich gab mir so viel Mühe, wie ich nur konnte, aber die Maschine war mächtiger als ich, die Nadel hüpfte bald nach rechts und bald nach links, nur nicht dahin, wohin sie sollte. Und die ganze Zeit über hörte ich, wie die Alte hinter mir sich über meine Ungeklärtheit amüsierte: Hi-hi-hi! Hi-hi-hi! Sobald ich wieder ein Stück ruiniert hatte, streckte ich es in die große Pappschachtel, die unter meinem Tisch stand; dann nahm ich ein neues. Ich sah zu Bessie hinüber; sie machte es genau so; wir waren so verzweifelt und verängstigt, daß wir gar nicht wußten, wo wir überhaupt mit den verdorbenen Stücken hin sollten. Endlich glückte es mir aber doch ein Leibchen fertig zu bekommen, das ohne Fehler war. . . . da gab es ein merkwürdiges Knarren, einen Ruck. . . . alle Maschinen standen wie auf einem Schlag still. Alle waren missergnäht, ja geradezu empört. Hi-hi-hi! lachte die Alte hinter mir. Ich sah mich um. Unsere Blicke trafen sich. (Fortsetzung folgt)

Wirtschaftsbehörden befinden sich Wirtschaftsoffiziere, Landwirte, Forstleute und Beamte für die einzelnen Zweige des Wirtschaftsapparates. Es gelang, auch zahlreiche Unteroffiziere und Mannschaften heranzuziehen, die vom Frieden her mit den rumänischen Wirtschaftsverhältnissen und zum Teil mit der Landessprache vertraut sind. Im Einverständnis mit der Militärverwaltung wurde ein rumänischer Wirtschaftsverband gegründet, dem sowohl die Militärbehörden, als auch Vertreter der rumänischen Ministerien, der landwirtschaftlichen Syndikate, der Volkshäuser und Bauerngenossenschaften angehören. Aufgabe des Verbandes ist vor allem, die noch heute im Lande befindlichen Vorräte festzustellen und zu ermitteln, welche Mengen bis zur neuen Ernte zur Ernährung der Bevölkerung benötigt werden, um den für den Abschub verfügbaren Ueberschuss festzulegen und diese Ausfuhr selbst danach zu regeln.

Was nun die deutsche Organisation in Rumänien bisher geleistet hat, geht aus folgender Zusammenfassung hervor:

Die Erdölindustrie: Es ist dem Wirtschaftsstab bereits heute gelungen, die Kohlsförderung, die Anfang Februar nur 300 Kilogramm täglich betrug, so zu steigern, daß jetzt schon der Bedarf der Mittelmächte an den wichtigsten Oelen, besonders der Bedarf der U-Boote, allein durch Zuführung aus Rumänien als gedeckt gelten kann.

Die Landwirtschaft: Vor allem galt es, die Landwirtschaft zu fördern, ihre Erzeugung auf jede nur mögliche Weise zu steigern, um ihre Ueberschüsse wie im Frieden den verbündeten Staaten zuführen zu können. Es ist gelungen, die Bestellung des Bodens in einem Umfang durchzuführen, der nicht wesentlich hinter demjenigen der Friedenszeit zurückbleibt. Der Landmann, dem die neue Ernte bar bezahlt wird, hat Vertrauen zur Verwaltung gefaßt, und wird durch Gewährung von Vorkäufen unterstützt. Außer dem Anbau von Weizen und Mais ist auch der Kleingartenbau sowie vor allem der Obstgartenbau nach Möglichkeit gefördert worden.

Durch die hohen Preise angelockt, hatte der rumänische Landwirt vor der Belegung im vorigen Jahre verhältnismäßig viel Winterweizen angebaut. Die Saat ist gut durch den Winter gekommen und die augenblicklichen Witterungsverhältnisse sind günstig. Es ist zu hoffen, daß die Weizenernte normal wird. Der neue Weizen wird dann etwa von Mitte Juli ab greifbar sein; bis dahin werden die alten Vorräte zur Verpflegung der Truppen und wohl auch zur Ausfuhr an die Mittelmächte reichen.

Der Saatensatz ist durchaus vermindert und berechtigt zu der Hoffnung, daß Rumänien, falls das Wetter weiterhin günstig bleibt, in diesem Wirtschaftsjahr wiederum einen erheblichen Zufluß zur Ernährung der Mittelmächte zu liefern in der Lage ist. Es darf hierbei auch nicht außer acht gelassen werden, daß das Land außer der eigenen Bevölkerung auch die in Rumänien stehenden Feld- und Besatzungstruppen ernährt und hierdurch die Heimat in weitem Umfange entlastet.

Das Verkehrsnetz des Landes wurde wieder hergestellt und der Verkehr eröffnet. Ein großer Teil der Eisenbahnen wurde auch wieder für den Zivilverkehr freigegeben, ebenso der Postverkehr für die Landesbewohner. Gleichermäße ist die Lösung des lärmrigen Transportproblems auf der Donau gesüht. Ein ganz erheblicher Teil der gesamten Ausfuhr wird jetzt heute auf dem Wasserwege ab. Mit Eisenbahn und Flußverkehr werden die Landesvorräte und -erzeugnisse den Donauhäfen zugeführt, und dort, auf Rähne beladen, die Donau aufwärts transportiert. Durch Errichtung einer Dreifelsbahn im Laufe der Donauengegend des „Eisernen Lores“ wurde erreicht, daß an Stelle des täglichen Transportes von höchstens 10 Rähnen mit 5-6000 Tonnen jetzt 20-400 Tonnen Hindurchfahren können.

Die Industrie: Es ist gelungen, die Mühlen, Holz- und Elektrizitätsindustrien in ausreichendem Maße wieder in Gang zu bringen. Der Maschinenbau und der Betrieb der Kriegsmaschinen sowie die Bewässerung der Felder und Schienenbahnen sind in erheblichem Umfange wieder in Betrieb. Die Kontrolle des Wirtschaftsapparates. Auch sind Anlagen zu der wichtigen Zell- und Holzgewinnung aus Mais- und Getreidehäuten geschaffen worden.

Die Arbeitskräfte wurden überall erricht. Alle Hände zur Arbeit angehalten, um in Rumänien das, was der Krieg vernichtet hat, wieder aufzubauen. Das landwirtschaftliche Leben der Zivilbevölkerung in Gang zu bringen und für die Mittelmächte die ergiebigsten Hilfsmittel nachzulieferen.

Um die geldlichen Verhältnisse, insbesondere das Kreditwesen, wieder herzustellen, war erste Aufgabe der Verwaltung, auf schnellstem Wege der Landwirtschaftskapitalien zuzuführen. Es wurde bei der Nationalbank eine landwirtschaftliche Darlehenskasse gegründet, welcher eine Anzahl von Filialen angegliedert sind. Die in den wichtigsten landwirtschaftlichen Distrikten befindlichen und wieder zur Vermittlung der Darlehen an die Bauern nach dem weitestgehenden System der rumänischen Volksbanken bedienten. Durch eine gut fundierte Kassa, die von der Bevölkerung gern angenommen wird, sind die unerlässlich notwendigen Zahlungsmittel geschaffen.

Wenn man nach allem noch fragt, daß die Verwaltung mit Erfolg bemüht ist, die Sorgen zu bekämpfen, die gerade jetzt die Rumänen nach sich ziehen, so ergibt sich ein Bild von Fleißigkeit und legenswerter Tätigkeit zum Nutzen der Mittelmächte, nicht weniger aber auch zum Wohle des beleagerten Landes.

Zwang zum Katholizismus.

Auf Beschluß des Kammergerichts wurde am 26. Juni die Ehefrau der Strafkammer mit einer Erziehungsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu beschäftigen.

Das Kammergericht hatte die Ehefrau des Kaufmanns aus Bochum zu M. G. G. verurteilt wegen Schallerjämnis ihres achtjährigen Kindes. Frau G. lebte in getrauer Ehe und hatte von ihrem katholischen Mann die christliche Erziehung erhalten, daß die aus der Ehe hervorgegangenen Kinder evangelisch erzogen werden sollten. Durch die Schuld des Mannes wurde die Ehe gelöst. Er kümmerte sich nicht um den Unterhalt von Mutter und Kind. Bei Erziehung des schulpflichtigen Alters machte die Mutter das evangelische Kind zum Objekt der evangelischen Erziehung an, wurde aber von der Schulbehörde ab- und vom Schulinspektoren abgewiesen, das Kind zur katholischen Schule zu schicken. Das tat sie aber nicht, weil sie annahm, dass nicht verpflichtet zu sein. Auf Anordnung der königlichen Regierung zu Ansbach fand die vorläufige Aufnahme in die evangelische Schule statt, die das Kind regelmäßig besuchte. Von dem im Jahre befristeten Vater forderte das Bezirksamt ein Verlangen über die religiöse Erziehung des Kindes ein. Dieser widersetzte die frühere Erklärung und bestimmte die Erziehung im katholischen Glauben. Der der Strafkammer wurde die Frau mit Recht gefaßt, daß ihr geschiedener Mann, da er gar nicht für das Kind Sorge, auch keinerlei Interesse an der religiösen Erziehung des Kindes habe. Durch die Anweisung zur evangelischen Schule sei die ihren Verpflichtungen nachgekommen. Dieser Standpunkt teilte die Strafkammer nach Spruch die Frau frei.

Auf Grund der eingeleiteten Revision wies das Kammergericht unter Aufhebung dieses Urteils die Sache an die Strafkammer zurück, indem es ausdrierte, daß die Mutter, trotzdem ihr nach dem Ausgang des Erziehungsprozesses die evangelische Erziehung des Kindes gebührt, nicht über deren religiöse Erziehung zu bestimmen habe. Darüber sei maßgebend die Deklaration von 1857, die für Bayern seit 1855 gelte. Danach sei für die religiöse Erziehung des Kindes der Vater maßgebend, wenn sich in geschiedener Ehe nicht eine andere Erziehung festgesetzt habe. Diese sei bisher vorhanden gewesen, aber nach der wesentlichen Erziehung des Vaters eingestellt. Das Kind müsse katholisch erzogen werden.

Diesem Spruch gemäß änderte nunmehr die Strafkammer ihren Urteil, indem sie die Erziehung der Frau befristet zurückgab und die Erziehung durch das Kammer-

gericht bestätigt. Schulverhältnis liege vor. Das Kind hätte zur katholischen Schule geschickt werden müssen, da über die religiöse Erziehung des Kindes der Vater zu bestimmen und die Ehecheidung daran nichts geändert habe.

Abgesehen davon, daß zur Zeit des Beginnes der Schulpflicht des Kindes die erste Erklärung des Mannes noch vorlag, worin die evangelische Erziehung bestimmt wurde und die anderweitige Willensklärung erst nachträglich erfolgte und die Richtigkeit des Urteilspruches recht fraglich erscheinen läßt, beweist eben dieser Prozeß wieder, wie dringend eine innere Reform auch auf diesem Gebiete in Preußen nötig ist. Daß auf Grund einer so alten Deklaration Urteile gefällt werden müssen, die jedem gesunden Empfinden im Volke ins Gesicht schlagen, ist eben — preussisch. Hoffentlich wird auch dieser Minder bald in den Ortus verschwinden. Von Rechts wegen!

Aus der Partei.

Die Frauentagungen für das Reich findet statt am Sonntag, dem 7. Juli, vormittags 10 Uhr im Bureau des Parteivorstandes, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Die Organisationen, welche die Wahlen vorgenommen haben, werden gebeten, den Delegierten Legitimationen auszustellen.

Ernährungsfragen.

Gegen die unerlaubten Hansschlachtungen.

Nach einer statistischen Ausnahme sind in diesem Wirtschaftsjahr mindestens eine Million Schweine auf irgendeine Weise verschwunden, d. h. durch unerlaubte Schlachtungen der allgemeinen Fleischrationierung entzogen worden. Nach Informationen, die das „Berl. Tagebl.“ erhalten hat, sollen nun Maßnahmen gegen die unerlaubten Schlachtungen ausgearbeitet worden sein, die in aller kürzester Zeit bekanntgegeben werden.

Der Ernährungs-Wirrwarr.

Immer mehr häufen sich die ungeleglichen Mittel, die Verwaltungen großer Gemeinden gegeneinander anwenden, um überhaupt Lebensmittel für ihre Bevölkerung zu erhalten. So hat die Stadt Essen im Vorgebirge bei Köln, einem Gemüsepäradies, den Erzeugern Preise geboten, die weit über die Reichs-Höchstpreise gingen, und als die Stadt Köln die Erfüllung der abgeschlossenen Verträge auf Grund der Höchstpreise verlangte, bekam sie — nichts. Es ergab sich u. a., daß die Höchstpreise um das Doppelte überschritten worden waren, und man war genötigt, den gleichen Preis zu zahlen, um wenigstens etwas zu erhalten. — Man sieht also, daß die Städte unter Verletzung aller gesetzlichen Bestimmungen und der legalen Verträge rücksichtslos hantieren und die Preise wild in die Höhe treiben, was der Bevölkerung als Verbrechen angekreidet wird.

Die Gemüseversorgung im Industriegebiet läßt so gut wie alles zu wünschen übrig. Die Preise sind wahnsinnig hoch, die Zufuhr knapp und die Behörden sind nicht in der Lage, für Abhilfe zu sorgen. Auf dem Essener Großmarkt reizen sich die Händler um das Gemüse und Tag für Tag wiederholen sich die Fälle, daß sie ihre Ware nicht nach Hause bekommen, sondern von der Volksmenge gezwungen werden, sie schon unterwegs zu verkaufen. Daß es dabei nicht immer ruhig abgeht, versteht sich von selbst. In den feineren Wirtschaften ist natürlich noch alles zu haben. Einige öffentliche Versammlungen haben gegen diese Zustände energig protestiert.

Alle wollen verdienen.

In Berlin wird jetzt der Prozeß gegen Frau Meta Kupfer verhandelt und die Senatoren Kupfer erscheint jetzt in zweiter Auflage. Alles, was man letzterzeit in den Zeitungen lesen konnte über das Raffinement der großen Betrügerin, über ihren Verfall, ihre Coups und ihre Leiden, das wird nun in langen Gerichtsverhandlungen noch einmal dem Publikum vorgeführt. Aber der Prozeß Kupfer hat eine Bedeutung, die sich nicht erschöpfen mit der Tatsache, daß eine intelligente Betrügerin große Summen monatlich von Leuten herausziehen konnte, die es hatten, und dafür ein Leben führte, wie es sonst nur in den Kreisen der betrogenen Geliebten üblich ist. Das Bemerkenswerte daran ist, daß die Betrogenen selber verdienen wollten. Während Frau Kupfer die reichen Geliebten hinter den Rücken führte, wollten diese Profite ziehen aus der Not, die durch den Krieg herangewirbelt worden ist. Die Lebensmittel speculation ist nicht das verzweifeltste Geschäft, das der Krieg gezeitigt hat. Aber Leute aus den sogenannten besseren Kreisen, Angehörige der oberen Mittelsklasse waren bereit, mit Hilfe dieses Gewerbes Kupfergewinne zu verdienen. Die Zeugnisse der von Frau Kupfer Betrogenen zeigen das aufs deutlichste. Da steht obenau ein Herr Fritz Körtzing, ein Verwandter des bekannten Generaldirektors Körtzing, ein Kommerzienrat M. Stern in Charlottenburg, ein Generaldirektor Cassinone in Wien, ein Altmeister a. Zsch., ein Baron Karl v. Zsch., eine Gräfin Ludmilla von Zepelin, eine Frau Maria v. Treskow, eine Frau Wald v. Bahl, ein Fräulein v. Sirona. Die Kreise der Hofnarren, des hohen Adels und des hohen Militärs sind vertreten. Es sprach sich in diesen Kreisen herum, daß Frau Kupfer durch Lebensmittel speculation in der Lage sei, fabelhafte Gewinne auszuhebeln. Nicht einem der Beteiligten scheint der Gedanke gekommen zu sein, daß Gewinne von 30, 40, 50, ja noch mehr Prozent nur auf dem Wege wucherischer Spekulation erzielt werden könnten. Das gute Geschäft war ihnen alles, die Rücksichtnahme auf die eigentliche Schmutzigkeit in der Lebensmittelversorgung hat sie nicht berührt. So groß war das Jubelrauschen nach den Kupfergewinnen, Lebensmittel speculationsgewinnen, daß ihr an einem Tage bis zu Hunderttausend Mark durch die Hand gingen. Der Prozeß zeigt, daß es allen ihren Kunden allein darauf ankam, möglichst reich und möglichst viel Geld für ihre Eingehungen zurückzubekommen. Man wundert sich nur, daß diese Leuten, die ja doch in Geschäften nicht gerade ganz unerfahren sind, die ganz unmöglichen Gewinne nicht verständig vorstaken. Es mußte denn sein, daß ihnen bekannt war, daß im allgemeinen durch wucherische Lebensmittel speculation während des Krieges ähnliche Gewinne erzielt werden sind. Gewinne, die selbst der erbitterteste Gegner der Kriegswirtschaft, denn doch für unmöglich gehalten haben würde. Der Herr Fritz Körtzing zum Beispiel zahlte 50 000 Mark ein und erhielt 150 000 Mark zurück. Eine Schwester dieses Zeugens, eine Frau Wille, hat sich mit 20 000 Mark beteiligt und erhielt 100 000 Mark Gewinn bezogen. Ein Baron Karl v. Zsch hat allein für Vermittlung für Eingehungen 44 000 Mark an Provision erhalten. Bei so glänzenden Gewinnen konnten Frau Kupfer die Kunden nur so zu. Der Prozeß wirft ein greifbares Schlaglicht auf die Geschäfts-moral dieser Kreise. Nur eine Strafpelle, sich an die Rechtsgesetze nicht haltende Anweisung konnte es ermöglichen, daß derartige Riesengewinne gegeben werden zu einem Geschäft, das offen zum Zweck der Lebensmittel speculation geführt wurde. Demgegenüber sind die Verhältnisse der Frau Kupfer, ihre Ured, die sie anwendete, um ihren Betrag im großen Stille zurückzubekommen zu können, ihr Privatleben, ihre Coups und ihre Leiden von wesentlichen Interesse. Eine Eisenbeule des Kriegswirtschafters, so stellt sich der Prozeß dar. Der Betrüger der Frau Kupfer hätte zu ihrer Entlassung an, daß er sich um sehr erhebliche Schätze bemüht habe, um ihre

Gläubiger befriedigen zu können und ihren Geschäftsbetrieb aus dem Kreise des unerlaubten Betrugs in den Kreis der üblichen kapitalistischen Geschäfte überzuführen. Wäre Frau Kupfer nicht im Betrugsstadium ihrer Geschäfte verhaftet worden, so würde sie möglicherweise über kurz oder lang zu einem maßvollen Mitglied der Geldaristokratie geworden sein und nach der Herkunft ihres Vermögens würde kein Haß geträht haben. Wieviel große Vermögen mögen wohl auf ähnlichem Wege entstanden sein?

Das Urteil im Prozeß Kupfer. Der Prozeß gegen Frau Kupfer wurde gestern in später Abendstunde vor dem Schwurgericht I zu Ende geführt. Die Geschworenen bejahten nach längerer Beratung die Schuldfragen nach schwerer, nicht öffentlicher Urkundensfälschung, nach Konkursvergehen und Bewilligung mildernden Umstände. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren und drei Monaten, 10 Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre, fünf Monate Gefängnis und rechnerisch 5 Monate 3 Tage auf die erlittene Unterjuchungshaft an.

Kommunales.

Mietsteigerungen im Industriegebiet. Im Industriegebiet sind im letzten Jahr vielfach Steigerungen der Mieten erfolgt. Stellenweise von 10-12 Mark für drei Räume (Küche und zwei Zimmer). Neuerdings gehen Haus- und Grundbesitzervereine dazu über, allgemeine Mietsteigerungen zu beschließen, so in Landorten des Kreises Essen Steigerungen von 25 Prozent. In stark besuchten Versammlungen in Ray und Schönebeck wurde ein Eingreifen des Generalkommandos gegen das Vorgehen des Haus- und Grundbesitzervereins gefordert, ebenso der Erlaß von gesetzlichen Vorschriften, welche die kleinen Mieter während der Kriegszeit vor unberechtigten Steigerungen schützen. — Bürgerliche Blätter teilen mit, daß sich der Bundesrat demnach ernstlich mit der Frage der Mieterhöhungen beschäftigt wird. Es soll wenigstens für die Dauer des Krieges ein erträgliches Verhältnis geschaffen werden. Dem Vernehmen nach schweben Ermäßigungen den Gemeinden durch Bundesratsverordnung die Möglichkeit zu geben, die Mietsteigerungen zu beschränken, bei Mietsteigerungen einzugreifen, falls sie unangemessen sind. Unseres Erachtens dürfte diese Maßnahme allerdings noch nicht genügen, die Verhältnisse erträglich zu gestalten.

Genossenschaftsbewegung.

Städtische Verkaufsstellen und Konsumvereine.

Bekanntlich haben sich die Organisationen der Konsumvereine ebenso wie die der Kleinändler unter Geltendmachung einer ganzen Anzahl auf praktischer Erfahrung gegründeter Bedenken gegen die Errichtung städtischer Lebensmittelverkaufsstellen gewandt. Das ist ihnen von Leuten, die von den Voraussetzungen einer zweckmäßigen und vorteilhaften Warenverteilung nicht genügend Kenntnis besitzen, zum Teil verdacht worden. Ueber das Lehrgeld, das manche Gemeinden bezahlen mußten, und über die vielfach großen Mißerfolge, die sie erlebten, wird aus begrifflichen Gründen heute im allgemeinen noch nicht viel geredet; zweifellos ohne wird aber nach dem Kriege manches öffentlich erörtert werden, was geeignet ist, das bemängelte Vorgehen der Konsumgenossenschaften als nicht nur in deren Interesse begründet zu erweitern. Ein Fall mag schon heute angeführt werden; die Stadt Essen hat mit folgender Begründung ihre städtischen Verkaufsstellen für Lebensmittel aufgehoben:

„Die Hauptzwecknahme der Verkaufsstellen ist mit der Zeit so zurückgegangen, daß ihr Betrieb infolge der teilweise hohen Miete, des Gehalts für das umfangreiche Personal usw. sich außerordentlich hoch stellt, und die Stadt mit großen Verlusten arbeiten muß. Endlich aber kommt hinzu, daß in den städtischen Verkaufsstellen außerordentlich große Verluste durch Diebstahl und Vergehungen entstehen. Die Bevölkerung scheint sonderbarer Weise anzunehmen, daß ein Bestehlen und Betrügen der Stadtverwaltung nicht so schlimm wäre wie das Bestehlen von Beamten. Trotz schärfstem Vorgehen haben sich diese Mißstände immer weiter ausgedehnt, so daß auch aus diesem Grunde das Beibehalten der Verkaufsstellen nicht zu empfehlen wäre.“

Es scheint uns auf das Bestehlen doch zu viel Gewicht gelegt zu werden. Mit Einräufen haben nämlich auch die Privatgeschäfte und besonders auch die Konsumvereine nicht nur während des Krieges, sondern auch in Friedenszeiten in bedauerlich großem Umfange zu rechnen, ohne daß dadurch die Rentabilität der Betriebe gefährdet würde. Entscheidend sind jedenfalls die anderen Gründe, die sich vollständig mit den von den Konsumvereinen in ihren Eingaben ins Feld geführten decken. Es wäre schon richtiger gewesen, die Gemeinden hätten sich vorhandener erprobter Verteilungseinrichtungen bedient, statt unter hohen Kosten neue zu schaffen, die erst erprobt werden mußten und die Probe, wie vorausgesetzt war, nicht immer sonderlich gut bestanden. Die Konsumgenossenschaften haben jedenfalls, wo man sich ihrer bediente, ihre Aufgaben einwandfrei und zufriedenstellend gelöst, ohne selbst dabei Verluste zu erleiden. Die guten Erfahrungen z. B., die der Hamburger Staat dabei machte, hat ihn auch veranlaßt, jetzt einen Teil der Obst- und Gemüseversorgung der Handelsgesellschaft „Produktion“ zu überweisen, die schon die Rippen- und Knochenverteilung vorteilhaft regelte, was man von ähnlichen kommunalen Unternehmungen nicht eben behaupten kann. Es liegt wirklich kein Grund vor, Steuererlösen in Experimenten zu verplempern, wenn man es ohne Experimente ebenso gut und umsonst haben kann.

Aus Nah und Fern.

Brückeneinsturz auf dem Bahnhof Wittenberge. Gestern früh um 1/2 Uhr ist auf dem Bahnhof Wittenberge eine etwa 100 Meter lange Holzbrücke, die über die Gleise der Berlin-Hamburger und Prignitzer Eisenbahn nach der Eisenbahn-Hauptverkeimung führt, zusammengebrochen. Es sind 65 Personen teilweise schwer verletzt. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht aufgeklärt. Man nimmt an, daß ein Güterzug, der auf einer Lore einen Wagger trug, gegen die Brücke gestossen ist.

Bei einem Aufruhr in St. Louis (Illinois) wurden fünfzehn Neger bei der Flucht aus brennenden Häusern von den Weißen getötet. 300 Weiße wurden verhaftet.

Heiteres.

In der „Kreuzzeitung“ steht ein „Gebicht“ von dem bekannten Max Beyer in Laubegast: „Die Gefangenen an Scheidemann“, in dem wacker gefordert wird, daß Friede erst sein dürfte, wenn wir die „Türen des Erdballs“ gestirmt haben. Dieser Gedanke schwingt sich in den Schlußversen also zu der hohen Schönheit:

„Hunderttausend weinen,
Tausend stöhnen hin,
Werse nicht den Schweinen
Unser Deutschland hin!“

Im Deutschen sagt man allerdings nicht „werse“, sondern „wirf“, aber trotzdem empfehlen wir dieses Kraftwort dem „Volksausgang zur raschen Neberrückung Englands“ zum Motto. Wie das Beispiel zeigt, gehört nicht viel Gehirnshmalz dazu, um die „Türen des Erdballs“ vom sicheren Sitzleder des Schreibstifts aus mutig einzuräumen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.